

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 60 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 213.

Mittwoch, den 11. September 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

## Junkerpolitik, Deutschlands Niedergang.

Die Gunst der weltwirtschaftlichen Entwicklung, das Vorhandensein der erforderlichen Vorbedingungen, machten Deutschland in den letzten Jahren zu einem der ersten Länder auf dem Weltmarkt. Aber die eroberte Stellung, die in hervorragendem Maße das materielle Wohl des Volkes bestimmt, ist nicht unerschütterlich, nicht für alle Zeiten gesichert. Wie der Gang der Ereignisse andere Länder von der stolzen Höhe einer Weltmacht zurückdrängte, sie im Vormarsch der Völker auf gewerblichen und industriellen Gebieten immer weiter ins Hintertreffen geraten ließ, so kann es auch einst Deutschland ergehen. Solches Schicksal ist ihm gewiß, wenn des Reiches Wirtschaftspolitik nicht auf die Bedürfnisse der Entwicklung eingestellt ist. Dieser unbedingt den Weg vorzuschreiben, ist nicht möglich, aber man kann die Gestaltung der Dinge doch oft beeinflussen, zu eigenem Vorteil lenken, nämlich dann, wenn man sich ihrem natürlichen Lauf anpassen versteht. Leider kann man das von der deutschen Wirtschaftspolitik nicht sagen. Sie ist vielmehr geeignet, des Staates wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, ein Zurücksinken Deutschlands in die Bedeutungslosigkeit vorzubereiten.

Die sozial und wirtschaftspolitisch bemerkenswerteste Erscheinung unserer wirtschaftlichen Situation ist das arge und wachsende Mißverhältnis zwischen der Produktion und der Konsumkraft der Arbeiterschaft. Der Lohn steigt nicht im Verhältnis zur Zunahme der erzeugten Warenmenge — der auf das gleiche Quantum entfallende Lohnbetrag wird geringer — und dann vermindert die anhaltende Steigerung der Warenpreise, vor allem die der Wohnungsmieten und der Lebensmittel, die Kaufkraft in ganz erheblicher Weise. Die schädlichen Rückwirkungen auf die gewerbliche Gütererzeugung liegen auf der Hand. Was die Arbeiter, Beamten, überhaupt die große Masse der nicht aus dem Vollen schöpfenden Konsumenten für Lebensmittel mehr auszuwenden müssen, können sie naturgemäß nicht für den Einkauf von Industrieerzeugnissen verausgaben; die Nachfrage schwächt ab.

Somit bedeutet die Teuerung eine Gefahr für die gegenwärtige Konjunktur, deren Intensität sie abschwächt, deren Dauer sie verkürzt. Es wird zwar viel davon orakelt, daß die zunehmende Kaufkraft der Landwirtschaft die Industrie befruchte, daher die Teuerung gewissermaßen eine Voraussetzung guter Wirtschaftskonjunktur für die gewerbliche Gütererzeugung sei. Solche Redereien sind nicht ernst zu nehmen. Der Löwenanteil von den der Konsumentenschaft mehr abgenommenen Millionen fließt einer verhältnismäßig kleinen Gruppe Großgrundbesitzern und Großkaufleuten zu. Diese mag nun auch für allerhand Luxus usw. beträchtliche Summen auswenden, das ersetzt nicht den Ausfall im Konsum der auf den Massenverbrauch berechneten Erzeugnisse der Textil-, überhaupt der Bekleidungsindustrie, sowie den Ausfall, den alle auf die Herstellung von Hausgeräten usw. eingerichteten Gewerbe erleiden. Und für diese ist es kein Trost, daß einige Luxusindustrien besser florieren, und den durch den Minderkonsum von Stoffen und Massenartikeln arbeitslos werdenden Proletariern ist damit sicherlich nicht geholfen.

Die andauernde Verteuerung der Lebensmittel hat wegen ihrer Ursache aber auch noch eine andere, über die akute Wirkung weit hinausgehende wirtschaftspolitische Bedeutung. Aus ihr erwächst, wenn die Ursachen der Teuerung bestehen bleiben, zweifellos auch der vielgerühmten Machtstellung des Deutschen Reiches eine Gefahr. Die agrarischen Argumentationen über die Notwendigkeit, Deutschland in der Lebensmittelversorgung vom Auslande unabhängig zu machen, können nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß wir in wachsendem Maße auf den Export von Industrieerzeugnissen angewiesen sind. In den ersten sieben Monaten 1912 stellt sich die Ausfuhr — ausschließlich allernationale und forstwirtschaftliche Erzeugnisse — auf 342 Millionen Doppelzentner im Werte von 4182 Millionen Mark, gegen 302 Millionen Doppelzentner und 3728 Millionen Mark im Jahre vorher. Die Zahlen zeigen, in welchem Maße Deutschland schon auf den Export angewiesen ist, und daß das Ausfuhrbedürfnis in starkem Tempo steigt.

Wirtschaftlich vorteilhaft wäre es, diesem Bedürfnis durch Förderung der weiterverarbeitenden Industrien,

solcher Industrien, die hochqualifizierte Erzeugnisse liefern, in denen viel Arbeitskraft vergegenständlicht ist, in denen große Lohnsummen stecken, entgegenzukommen. Das braucht nicht erst noch eingehend nachgewiesen werden, es genügt, in diesem Zusammenhange daran erinnert zu haben. Eine diesen Verhältnissen Rechnung tragende Wirtschaftspolitik würde der Industrie fertiger Erzeugnisse und damit dem ganzen Wirtschaftsleben Deutschlands eine glänzende Aussicht eröffnen. Die Voraussetzung dafür ist vorhanden. Die industrielle Erschließung und Revolutionierung der Balkanstaaten, des unermesslichen Chinareiches und vor allem Russlands, ist nur eine Frage der Zeit; zum Teil hat sie bereits lebhaft eingesezt. Das Auskommen einer Rohindustrie, die Hebung und Gewinnung von Naturerzeugnissen, die dort in überreichen Mengen vorhanden sind, erfordert eine hochentwickelte Industrie der Maschinen, Apparate, Instrumente usw., die alle jene Erzeugnisse zu liefern imstande ist, die zur Errichtung von Bergwerken, Hütten, Eisenbahnen usw. erforderlich sind. Deutschland hat diese Industrie. Dieser den Weg zu jenen Märkten offen zu halten, zu erleichtern, müßte eine der vornehmsten Aufgaben einer weit-schauenden Wirtschaftspolitik sein. Wie aber sieht es in dieser Beziehung bei uns aus?

Unsere vielgerühmte, angeblich auf den „Schutz der nationalen Arbeit“ eingestellte Wirtschaftspolitik, die in Wirklichkeit in ganz einseitiger Weise den egoistischen Interessen der Agrarier, das heißt vorwiegend der Großgrundbesitzer und der mit diesen verbündeten deutschen Rohstoffindustrien, Rechnung trägt, ist das unheilbarste Mittel, der Fertigungsindustrie jenen Deutschlands hervorragende Stellung auf dem Weltmarkt sichernden Weg gründlich zu verammeln.

Die agrarische Abschließungspolitik erschwert den Arbeitern die Lebenshaltung, steigert die Gesehungskosten in der gewerblichen Gütererzeugung, und sie reizt die anderen Staaten zu dem gleichen Vorgehen. Soweit Deutschland als Objekt der handelspolitischen Maßnahmen für andere Staaten in Betracht kommt, richten sich deren Einfuhrerschwerungen naturgemäß vorwiegend gegen deutsche Fertigerzeugnisse. Als eine Folge davon macht sich schon jetzt eine Abwanderung der betroffenen Gewerbe in das Ausland bemerkbar. Die Auswanderung wird mit dem Anhalten und mit einer weiteren Verschärfung der Abschließungspolitik erheblich wachsen. Deutsches Kapital, deutsche Intelligenz, deutsche industrielle Erfahrung, deutsches Können, deutsche Fertigkeit wandert aus, sucht ganz selbstverständlich auch solche Länder auf, deren wirtschaftliche Erschließung der deutschen Verarbeitungsindustrie seit unbegrenzter Persepektiven öffnete, wenn sie ihr durch die kurzsichtige deutsche Wirtschaftspolitik nicht verschlossen würden. Dem großen mobilen Kapital verschlägt das natürlich nichts, dem ist es ganz gleichgültig, wie es geminnbringende Anlagen findet. Diese sucht es auf, ganz gleich, wo und unter welchen Bedingungen und Voraussetzungen.

Von ganz anderen Gesichtspunkten aus, als wie die Agrarier und andere engherzige Interessenpolitiker, vor allem auch die Beherrscher des mobilen Kapitals, müßte die auf die Machtstellung des Landes pochende Regierung und die berufene Volksvertretung die Wirtschaftspolitik des Reiches beurteilen. Mag der Regierung das Wohl der großen Masse schließlich weniger am Herzen liegen, sie muß sich aber mit der Tatsache auseinandersetzen, daß das Vertrauen der Agrarier und deren Zufriedenheit das Reich nicht vor dem Schicksal bewahren kann, das weltbewegende, wirtschaftliche Umwälzungen und Verschiebungen ihm unsehbar bereiten, wenn unsere Wirtschaftspolitik nicht den Bedürfnissen der unaufhaltamen Entwicklung sich anpaßt. Entweder wir treiben Wirtschaftspolitik — oder Deutschlands Weltmachtstellung ist später nur noch eine historische Tatsache.

Aber es hat nicht den Anschein, als ob die Bahnen der zum Niedergang führenden Politik verlassen werden sollten. Das Agrariertum herrscht, regiert, diktiert des Deutschen Reiches Wirtschaftspolitik. Deutlich offenbart das der Regierung Verhalten in der Frage der Teuerung. Ihrer Macht sich bewußt, denken die Agrarier nicht an einen Abbruch der Zollmauern. Des Gehorsams der Regierung sicher, fordern sie vielmehr den lückenlosen Zolltarif, eine Erweiterung und Erhöhung der Zollwälle.

Schon jetzt treibt uns die tolle agrarische Wirtschaftspolitik der Junker in handelspolitische Konflikte hinein; das wird schlimmer, Zollkriege sind uns sicher, wenn die Forderungen auf Einfuhrung oder Erhöhung von Zöllen auf Gemüse, Kartoffeln, Obst, Milch usw. Erfolg haben sollten. Jede neue Konzession an die herrschende agrarische Wirtschaftspolitik verschlechtert

Deutschlands Position auf dem Weltmarkt in ganz erheblichem Maße.

Des Reiches Niedergang kann nur eine Frage der Zeit sein, wenn es nicht die Kraft findet zu einer ganz entschiedenen Abkehr von der bisher betriebenen Abschließungs-Politik.

## Die Teuerung.

Die agrarfreundliche Presse müht sich seit Wochen ab, das Gefrierfleisch möglichst ekehaft hinzustellen. Der argentinische Konsul in Dresden mündet sich nun an die dortige Presse mit folgenden Darlegungen:

„Es kann wirklich kein Zweifel darüber sein, daß unsere Wissenschaft und Technik so weit ist, Fleisch durch Kälte absolut frisch und wohlschmeckend zu erhalten und zwar viele Monate hindurch und zu jeder Jahreszeit. Jeder, der mit den Verhältnissen vertraut ist, weiß, daß dieses Problem von unserer Technik längst spielend überwunden ist, und die Erfahrungen gerade mit argentinischem Gefrierfleisch sind so handgreiflich ausgezeichnet, daß sich jeder, der will, leicht über die wirklichen Verhältnisse informieren kann. Ich brauche nur darauf hinzuweisen, daß in England seit vielen Jahren das argentinische Gefrierfleisch die Basis der Volksernährung bildet.“

Die sozialdemokratischen Stadtverordneten in Lübeck i. W., die sämtliche Sitze der dritten Wählerabteilung innehaben, richteten einen Antrag an die Stadtverordnetenversammlung, in dem sie eine Eingabe an die Regierung fordern, die verlangen soll: Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh; Aufhebung der Erschwerung der Fleischeinfuhr; Aufhebung der Zoll- und Verbrauchsabgaben für die unentbehrlichsten Lebensmittel.

Die Stadtverwaltungen von Hof und Bayreuth richteten an den Bayerischen Städtetag auf sozialdemokratischen Antrag das Ersuchen, beim Bundesrat für Öffnung der Grenzen und Beseitigung oder Milderung der Zölle einzutreten. In Bayreuth wurde schon vor 14 Tagen eine „Teuerungskommission“ gewählt, die aber bis heute noch nicht zu einer Sitzung einberufen worden ist.

Die Notstandskommission der Stadt Berlin trat Dienstag vormittag unter Vorsitz des neuen Oberbürgermeisters Wermuth zu Beratungen über die nächsten Maßnahmen gegen die Teuerung zusammen. Der städtische Statistiker, Prof. Dr. Silbergleit, erstattete ein eingehendes Referat über die Preise, aus dem hervorging, daß nicht nur die Fleischpreise die wiederholt festgestellte und behauptete Höhe haben, sondern daß auch die Preise für eine Reihe anderer wichtiger Lebensmittel ganz erheblich gestiegen sind. Der offizielle Bericht über die Sitzung besagt dann weiter:

In einer längeren, allgemeinen Debatte wurde von allen Seiten betont, daß die bisherigen Schritte, die zur Abhilfe der Teuerung getan sind, an sich zwar nützlich gewesen, aber doch nicht geeignet sind, dauernd und wirksam den im Laufe der Zeit stetig wachsenden Preisen für Lebensmittel entgegenzuwirken. Vor allem sei es notwendig, der Fleischnot und der damit verbundenen Fleischteuerung entgegenzutreten; denn die deutsche Landwirtschaft sei nicht in der Lage, den Anforderungen der Bevölkerung zu entsprechen. Die Steigerung der Einfuhr aus europäischen Ländern sei beschränkt und werde auf die Dauer dem Gesamtbedürfnis der übrigen Länder nicht völlig genügen. Es sei deshalb erforderlich, daß man sein Augenmerk auf die Fleischeinfuhr aus außereuropäischen Ländern richte. Hier komme in erster Reihe die Einfuhr gefrorenen Fleisches in Frage, und diese könne aus Argentinien und Australien in ausreichendem Maße erfolgen. Da die Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes und der Einfuhrzoll zurzeit aber die Einfuhr dieses frischen Fleisches nicht in einer Weise ermöglichen, daß sie für den Handel rentabel ist, so wurde beschlossen, dem Bundesrat die obwaltenden Notstände darzulegen, und ihn um die baldige Zulassung des Gefrierfleisches zu bitten. Dem Antrag Schönebergs, daß diese Eingabe von den Gemeinden Großberlins gemeinsam gemacht werde, wurde zugestimmt und beschlossen, mit den Magistraten der übrigen großen Industriestädte und den Großhandels- und Schiffsverkehrsinteressen in Verbindung zu treten, um eventuell für den durch die abgeänderte Gesetzesbestimmung ermöglichten Bezug von Gefrierfleisch Vorbereitungen zu treffen.

Auch die Förderung der Viehzucht auf den städtischen Gütern wurde erörtert. Schließlich wurde noch in Frage gezogen, ob eine Ausbreitung des städtischen Seefischverkaufs angebracht sei. Da dieser sich in den letzten Jahren bewährt hat, so wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Einfuhr von Seefischen verstärkt werde und mehr Absatzgelegenheiten geschaffen würden.

Der Brandenburgische Städtetag beschäftigte sich in seiner Sitzung vom Dienstag mit der

Reichstag. Es lag ein Antrag des Magistrats von Kottbus vor, der folgenden Wortlaut hatte: „Der Stadtrat beschließt, sofort an zuständiger Stelle wegen der hohen Fleischpreise vorstellig zu werden und um geeignete Maßregeln zur Herabminderung derselben, gegebenenfalls um zeitweiliges Öffnen der Grenzen für die Einfuhr ausländischen Viehes zu bitten. Der Stadtrat beauftragt den Vorstand mit der schleunigen Ausführung dieses Beschlusses.“

Sonntag, den 8. Dezember, fanden in allen Wahlkreisen in Westpreußen unter starker Beteiligung der Frauen 22 gutbesuchte Versammlungen statt, die sich mit der herrschenden Steuerung beschäftigten. Störungen seitens der Behörden sind im allgemeinen nicht passiert. Nur die Polizeiverwaltung in Flatow verbot unsere Versammlung unter freiem Himmel, weil das einquartierte Militär und der etwaige Fremdenzug berechtigten Anstoß an dem öffentlichen sozialdemokratischen Treiben an einem Sonntage nehmen könnten.

In Deutsch-Eylau weigerte sich der Lokalinhaber im letzten Augenblick, die Versammlung tagen zu lassen.

In Hannover fanden am Montagabend neun von vielen Tausenden besuchte Versammlungen zum Protest gegen die Steuerung statt, in denen die Redner das Thema behandelten: „Was muß die werktätige Bevölkerung bei der augenblicklichen Steuerung von der Regierung verlangen.“

In Oberfranken hat die Protestbewegung gegen die Steuerung einen großen Umfang angenommen. Im Reichstagswahlkreis Bayreuth fanden in den letzten Tagen neun durchweg gut besuchte, zum Teil überfüllte Versammlungen statt. Weitere zehn folgen in den nächsten Tagen. Im Wahlkreis Hof demonstrierte die Bevölkerung am Sonnabend und Sonntag in 13 ebenfalls sehr gut besuchten Versammlungen. Eine größere Zahl Versammlungen fand auch in den Wahlkreisen Kronach und Forchheim-Kulmbach-Pegnitz statt.

Sonntag und Montag haben im Bezirk östliches Westfalen und Lippe 19 Versammlungen gegen die Steuerung und Fleischnot protestiert.

Die „Tägl. Rundschau“ bringt die nicht sehr wahrscheinlich klingende Meldung, daß die Regierung in Erwägungen darüber eingetreten sei, ob argentinisches Gefrierfleisch in größeren Massen nach Deutschland eingeführt werden soll. Die Erwägungen gehen hauptsächlich in der Richtung der gesundheitlichen Sicherung. Das Fleischbefaugesetz bestimmt, daß bei der Einfuhr von Fleisch die inneren Organe des Tieres noch verbunden mit dem Fleisch eingeführt werden müssen. Das würde bei argentinischem Fleisch nicht möglich sein, da eben ganze halbe Tiere in dieser Form nicht einzuführen sind. Es käme die Entscheidung von amtlichen Tierärzten nach Argentinien in Frage, die dort das Fleisch untersuchen. Die argentinische Regierung soll sich damit einverstanden erklärt haben. Vor Januar würde an die Einfuhr solchen Fleisches nicht zu denken sein.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

#### Gegen die Einberufung des Reichstages.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“, das parteiamtliche Organ der nationalliberalen Partei, wendet sich gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Einberufung des Reichstages, weil die ganze Frage der Steuerung in den letzten zwei Jahren bei Interpellationen erschöpfend beraten wurde. Außerdem werde beim Zusammentritt des Reichstages im November sowieso eine Interpellation eingebracht werden. Das nationalliberale Organ schließt:

„In keinem Falle aber ist ersichtlich, welchen Zweck die Einberufung des Reichstages in diesem Augenblick haben soll. Entschließt sich die Regierung zu irgend einem Vorgehen, so könnte dies doch schwerlich von einer solchen Art sein, daß die nachträgliche Einholung der Indemnität nicht auch genügen würde. Die Sozialdemokratie weiß das ja auch selbst, sodaß auch diese Eingabe an den Reichstanzler offenbar keine andere Aufgabe hat, als die politische Ausnutzung der bestehenden Kamalität.“

Diese ganze Stellungnahme ist wieder einmal echt nationalliberal; erstens kann man nichts tun, zweitens ist im Herbst auch noch Zeit, drittens wird der Reichstag den Maßnahmen der Regierung nachträglich zustimmen!

#### Die Alldentischen

haben sich wieder einmal versammelt. Diesmal in Erfurt. Sie taten, was sie sonst tun. Jeder Verdacht, daß die Reichsregierung friedliche Absichten haben könnte, erscheint ihnen als schimpflich. Freilich erklärten sie gleich darauf, daß sie mit dem regierenden Kurs schon lange nichts mehr zu tun haben wollen! Ein Admiral z. B. Brezina erbat fürwärtigen Beifall mit der Auforderung, stets darauf bedacht zu sein, England im Ernstfälle die mittelländische Nahrungsmittelzufuhr abzuschneiden, zu welchem Zwecke mit Oesterreich und Italiens Hilfe Ägypten werde zu Lande angegriffen werden müssen.

Man weigerte noch gegen die Fremdwörter und forderte einen „Sprachrat“. Justizrat Fuß-München betrieb sich gar zur Bekämpfung seines Verlangens auf Regenerung der russischen Studenten darauf, daß die russische Regierung diesem Verlangen sympathisch gegenüberstehe. Allerdings ein würdiger Bundesgenosse der Alldentischen!

#### Der Konflikt in Schwarzburg-Rudolstadt.

Trotzdem es der Regierung in Schwarzburg-Rudolstadt in wehrmäßigen Verjahren nicht gelungen ist, eine Verschlechterung des Wahlrechts durchzusetzen, versucht doch auch diesmal wieder ein Häufchen reaktionärer Abgeordnete, das Wahlrecht zu ihren Gunsten umzuwandeln. Unter Ägide des Abg. Herold hat man einen Antrag eingebracht, nachdem kürzlich der Landtag mit 16 von 18 Abgeordneten zugestimmt worden war. Derselbe soll die Staatsregierung als Vertreter des Domänenfiskus einen, die Handwerkskammer einen, die

Landwirtschaftskammer einen, die Handwerkskammer einen, die neu zu errichtende Arbeiterkammer einen, die Juristen, die Geistlichen, die Lehrer je einen und die Höchstbeteuerten der Industrie und der Landwirtschaft je zwei Abgeordnete stellen. Den allgemeinen Wählern wollen die Herren Wahlrechtsverbesserer statt der bisherigen 12 jetzt nur noch 6 Sitze überlassen. Das ganze ist natürlich nichts als der Versuch, den Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen. Aber selbst der Regierung scheint dieser Antrag zu hahnebücheln, sie ließ durch den Staatsminister erklären, daß die Anträge des Abg. Herold und Gen. in keinerlei Beziehung zur Regierung zu bringen seien. Wie die früheren reaktionären Vorstöße der Regierung, so wird auch dieses neueste Attentat auf das wichtigste Volksrecht, das Wahlrecht, von unseren Genossen zurückgeschlagen werden.

Auch im übrigen ist die Situation im Landtage ernst. In der Frage der Beamtenentlohnung geht die sozialdemokratische Fraktion nicht von ihrem Standpunkt ab, daß darin eine Verfassungswidrigkeit liegt, und da die Regierung nicht nachzugeben gedent, wird sie wahrscheinlich wieder mit der Auflösung des Landtages kommen. Sie läßt jedes Entgegenkommen vermissen, so hat sie erklärt, daß sie wegen der Ablehnung ihrer Wahlverschlechterungsanträge im vorigen Landtag die damals eingebrachten Finanzgesetze wieder zurückziehe. Eine Revision des Einkommensteuergesetzes, eine stärkere Belastung der Besitzenden, eine Reform der Gemeindeordnung usw. sind aber für Schwarzburg-Rudolstadt unerlässlich geworden.

#### Kann gut werden!

Wegen der umfangreichen Personalveränderungen, die nach den Manövern in der Armee stattfinden werden, hat sich die Herausgabe einer völlig neuen Rangliste als nötig erwiesen. — Das läßt vermuten, daß zahlreiche Offiziere den Säbel mit dem Regenschirm vertauschen müssen. Der Pensionsfonds wird wieder ganz gewaltig in die Höhe gehen.

#### Hängen die Trauben zu hoch?

Der fortschrittliche Abgeordnete Dr. Wiemer hat die Wiederannahme der Landtagskandidatur für den Wahlkreis Nordhausen-Grasshof Hohenstein, welchen Kreis er gegenwärtig vertritt, abgelehnt. — Nach seinem glatten Durchfall bei der Reichstagswahl, will Dr. Wiemer von seinen Getreuen in Nordhausen anscheinend nichts mehr wissen.

## Die erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

### die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksboten“ zu agieren.

#### Die Flugpende als Rettung von französischen Heberfällen.

Bedürftige Amtsblätter leisten sich in der Bettelei für die sogenannte Flugpende folgende Geschmacklosigkeit:

„In den nächsten Tagen soll nun die deutsche Flugpende abgeschlossen werden, die heute bereits ein schönes Bild der Opferwilligkeit gibt. Gerade angesichts der überaus gefährlichen Zeit, der wir entgegengehen, ist es Pflicht eines jeden Deutschen, für die Bildung genügender Fliegertruppen etwas zu tun. Und wir Badener hätten wohl den lebenswürdigen Besuch der bombenwerfenden westlichen Nachbarn zuerst zu fühlen, woraus die Franzosen ja gar keinen Hehl mehr machen. Gebe darum jeder in diesen letzten Tagen, was er nach besten Kräften vermag, und was ihn seine vaterländische Gefinnung heißt. Jedes Postamt nimmt Beiträge entgegen.“

#### Parzellierungsgezet für die Ostmarken.

Dem preussischen Landtage, der Ende Oktober zusammentritt, wird sofort das Parzellierungsgezet zugehen. Wie die „Tägl. Rundschau“ erzählt, ist der ursprüngliche Gedanke, das Gezet für die ganze Monarchie mit Ausnahmebestimmungen für die Ostmarken vorzuschlagen, fallen gelassen worden, da er sich als nicht ausführbar erwiesen hat. Das Gezet ist ein Sondergezet für die Provinz Posen und Westpreußen und macht die Vorname von Parzellierungen von der Genehmigung des Regierungspräsidenten abhängig. — Also noch ein Ausnahmegezet gegen die Polen!

#### Steuerungsprotekt und Preisregeln.

In Kühnhausen bei Erfurt sollte unter freiem Himmel eine Protestversammlung gegen die Steuerung stattfinden. Der Amtsvorsteher verbot aber die Genehmigung, da er Zusammenkünfte befürchtete, weil zu gleicher Zeit der 22. Mann starke Kriegerverein sein etwas verspätetes Sedanfest in Form eines Preisfestes beging.

#### Getreideausfuhrverbot in Serbien.

Das Belgrader Amtsblatt veröffentlicht ein Verbot der Getreide- und Futterausfuhr aus ganz Serbien, das zunächst bis Mitte November gilt. Motiviert wird das Verbot mit den durch die dauernd ungenügende Witterung bereits verursachten und noch zu befürchtenden Ernteausfällen. — In Serbien besteht noch keine Hungersnot, und es sind erhebliche Getreidevorräte vorhanden. In Deutschland befreit die Regierung trotz der

Teuerung noch nicht einmal die Einfuhrscheine, die die Agrarier Ausfuhrprämien darstellen, die gerade zur Ausfuhr des heimischen Getreides reizen.

## Aus Lübeck und Nahbargbieten

Mittwoch, den 11. September.

An die organisierte Arbeiterschaft Lübecks! Der Agitationsleitung ist es gelungen, wiederum in Lübeck die meiste Gläser der Organisation zuzuführen. Durch die Einzelbeiträge dieses Berufes und infolge des Zuguges aus d. Provinz ist es schwer, diese Organisationsverhältnisse auf Dauer festzuhalten. Wir richten deshalb an die gesamte organisierte Lübecker Arbeiterschaft, besonders aber an die Arbeiter die Bitte, uns in unseren Organisationsbestrebungen dadurch zu unterstützen, daß sie, wo es auch sei, sich von den Gläsern die eingeführte grüne Kontrollkarte vorweisen lassen. Gläser, die nicht im Besitze dieser Karte sind, gehören bis jetzt unserer Organisation nicht an und bitten wir an Joh. Eggers, Stavenstraße 33, zu verweisen, wo sie jederzeit ihren Beitritt erklären können.

Die Agitationsleitung  
des Zentralverbandes der Gläser Deutschlands.  
A. Müller  
Hamburg, Besenbinderhof 68 II.

Die Reichstagsinberufung oder Notverordnungen ein Artikel der „Lübeckischen Anzeigen“ überschrieben, der selbstverständlich den Interessen der Fleisch- und Lebensmittelvertreuer dienen soll. Davon Notiz zu nehmen wäre unnötig, wenn nicht der Passus darin enthalten wäre, „da die Beratsungsperiode des Reichstages bereits am 26. September ihr Ende erreicht und wir fügen jetzt noch zur weiteren Klärung der parlamentarischen Lage hinzu, daß der Reichstagspräsident Kämpf bereits am 22. Mai d. J. die Erlaubnis erbeten und erhalten hat, den Tag der nächsten Sitzung selbständig festzusetzen und die Tagesordnung festzustellen.“ Demnach hat es sich auch der Reichstagspräsident nach dem 26. September in der Hand, den Reichstag zu berufen.“ Es wird ja niemand von der Amtsblattredaktion eine genauere Kenntnis politischer Dinge und Vorgänge erwarten, aber das könnte man wenigstens annehmen, daß sie wissen würde, bis zu welchem Datum der Reichstag vertagt ist. Nun ist aber als Termin des Wiederzusammentritts des Reichstages nicht, wie das Amtsblatt behauptet, der 26. September, sondern der 26. November vorgesehen, von welchem Zeitpunkt uns noch fast 11 Wochen trennen. Vor dem kann auch der Reichstagspräsident, trotzdem ihm die „Lübeckischen Anzeigen“ diese Machtbefugnis zuerkennen nichts unternehmen. An dieser kleinen Probe kann man schon recht deutlich erkennen, wie vorzüglich die Leser des Amtsblattes von diesem unterrichtet werden.

Aus dem Gerichtssaal. Sing-Jes-Schin, ein armer Teufel von Chinese, saß Dienstag mit Buddhistenmännern an der Anklagebank des Schöffengerichts — denn ohne Gewerbechein dürfen auch die Söhne des Himmels nicht in „Figuren“ haufieren. Die 5 Mk. Strafe, die ihm hierfür aufgebürdet wurden, sind durch die dreitägige Untersuchungshaft ausgetilgt, wie dem Glücklichen der Dolmetscher in deutscher Sprache plausibel machte. — Der Arbeiter Sch. aus Girschberg in Schlesien, mit vielen Verurteilungen behaftet, verurteilt am 27. August als herumreisender kleiner Schneidermeister fünf Scheren an den Mann zu bringen, von denen er wußte, daß sie aus einem Diebstahl herührten. Zwei wurden mit 60 und 80 Pfg. losgeschlagen, der Wert war dreifach so hoch, beim Anpreisen der anderen wurde er ertrapt und festgenommen. Auf drei Wochen Haft lautete das Urteil wegen Hehlerei, davon wurde eine Woche durch die Untersuchungshaft gestrichen. — Der Arbeiter R. stahl einem russischen Lebensgenossen einen Anzug samt Uhr und Kette, verurteilte einen Teil für 10 Mk. und machte sich dann aus dem Staube. Mit vier Wochen Gefängnis muß er diese Tat sühnen. — Von einer Wirtschaft zur anderen zogen der Kutscher St. und der Arbeiter S. Der Wirt B. stand abnungslos vor seiner Tür in der Schmiedestraße, als die beiden auf ihn zukamen, beim Wackeln nahmen und auf ihn mit den Worten loszuschlagen. „Wenn du auch noch so einen dicken Bauch hast, kannst du doch etwas kriegen.“ Durch einen festgelegenen Stockschlag ging eine Scheibe im Werte von 9 Mk. entzwei, eine zweite flog im Hause in Scherben. Nachträglich bezahlten die beiden Albstäter 12 Mk. Wegen Mißhandlung, Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung erhielt St. sechs und S. vier Wochen Gefängnis. Dabei wurden mildere Umstände in Betracht gezogen. — Seiner Unterhaltspflicht teilweise ganz entzogen hat sich der Schneider Sch. Seine Frau und 5 Kinder erhalten von der Armenanstalt monatliche Zuschüsse von etwa 20 Mk., im ganzen bereits etwa 1000 Mk. Er lebt seit 1908 von seiner Frau getrennt, ist seit 1909 von ihr geschieden und zeitweise unauffindbar gewesen. Sch. arbeitet seit 1 1/2 Jahren in Celle, verdient monatlich 160 Mk. und wurde in 50 Mk. Strafe genommen, weil er seiner Pflicht nicht nachkam. Dagegen erbet er Einspruch mit der Zuficherung, daß er von nun an mehr tun wolle. Vor einiger Zeit drohte Sch. der Armenanstalt, bei weiteren Belästigungen ins Ausland zu wandern. Die Berufung wurde verworfen mit der Begründung, daß seine Unterhaltspflicht entziehung nahezu Gefängnisstrafe erfordere. — Der Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges machte sich der Arbeiter B. auf dem Hofsofenwerk an seinem Kollegen K. schuldig. B. will von den Mitarbeitern gehänselt worden sein und hat in einem wutentbrannten Augenblick dem K. mit einem Pfaffenbecken auf den Kopf geschlagen. Der Schlag war so unglücklich, daß das Opfer einen komplizierten Schädelbruch mit Gehirnerkennung davontrug, 30 Tage im Krankenhaus zubringen mußte und wahrscheinlich dauernd böse Folgen von diesem Unglückstage mit herumschleppen wird. Der Angeklagte B. wurde seinerzeit als Militärinvalide mit 75 Prozent Rente entlassen, die später auf 80 Proz. ermäßigt wurde. Das ärztliche Gutachten bezeichnet ihn als Epileptiker; bei solchen Kranken könnten leicht auf Reizungen maßlose Wutanfälle ausbrechen, doch sei die freie Willensbestimmung bei Begleichung der Tat nicht ausgeschlossen, wenn auch in geringerer Maße vorhanden gewesen. Während der Rede des Verteidigers bekommt der Angeklagte einen schweren epileptischen Anfall, sodaß die Verhandlung ausgesetzt werden mußte. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung beantragt der Staatsanwalt 6 Monate Gefängnis, während der Verteidiger die Unzurechnungsfähigkeit des Beklagten in den Vordergrund schiebt. Das Urteil lautet dem Staatsanwaltsantrag gemäß, doch werden 6 Wochen Untersuchungshaft angedroht und der Haftbefehl wird vorläufig außer Kurs gesetzt. — Ein Schlachter M. rempelte eines schönen Tages aus Mutwillen einen hiesigen Kaufmann auf dem Wege an, titulierte ihn Peringshändler, Windhund u. dergl. Der Angeklagte, der schon zehn Vorstrafen der gleichen Vergehen wegen erlitten hat, wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Der Beleidigte darf den Urteilstenor veröffentlichen, die vorgeschädigte Geisteskrankheit des Angeklagten und seiner Ahnen wird nicht berücksichtigt.

**Zu knapp bemessene Zeit zum Gewerbeschulbesuch.**  
Vor dem Schöffengericht beantragte der Tischlerlehrling J. gegen eine ihm zuerbundene Geldstrafe von 2 Mk. richterliche Entscheidung. Diese Strafe wurde ihm auferlegt, weil er am 9. April 1/4 Stunde und am 21. Mai zehn Minuten zu spät ohne Entschuldigung zur Schule kam. Der Lehrling, beim Tischlermeister M. in Moisling tätig, behauptet, der Meister habe ihm zu spät Mitteilung gemacht, daß er an dem betr. Tage wieder die Gewerbeschule besuchen müsse. Die Schulbücher lagen bei der Großmutter in Lübeck, und so mußte er den längeren Weg die Moislinger Allee entlang nehmen, statt längs des Kanals, wodurch etwa 10 Minuten gewonnen worden wären. In Schultagen gings immer knapp her mit der Zeit, zum Essen blieb hauptsächlich dann wenig Zeit, wenn in der Stadt gearbeitet wurde. So 10—15 Min. währte diese Pause. Der Meister und die Frau Meisterin lassen diesen Einwand nicht gelten, dem Lehrling sei genügend Zeit gelassen worden, aber er bummelte ein wenig und müsse immer getrieben werden. Dabei kam nach Aussage der Großmutter des Lehrlings dieser völlig erbt an. Mangelnde Kenntnis des neuen Schulbeginns, die der Lehrling auf den Meister und der Meister auf den Lehrling schob, beantwortete ein als Zeuge geladener Gewerbeschul-lehrer dahin, daß den Lehrlingen die Zeit in der Schule bekannt gemacht wurde und auch aus den Zeitungen zu ersehen sei. Das Urteil lautet auf 1 Mk. oder 1 Tag Haft. Der Lehrling hätte für rechtzeitigen Weggang sorgen, den kürzesten Weg wählen müssen und dem Meister Bescheid sagen sollen. Im zweiten Übertretungsfalle erfolgte Freispruch, weil eine Entschuldigungskarte des Meisters eine nicht mehr aufzuklärende Unklarheit schafft. Diesen Teil der Kosten trägt die Staatskasse.

**Sausa-Theater.** Man schreibt uns: Die Nacht- und Schlagentänzerin Lura Boboo nimmt am Sonntag, den 15. d. M. von hier ihren Abschied und sollte niemand es sich entgehen lassen, das phänomenale September-Programm noch diese Woche anzusehen. Am Sonntag nachmittags 4 Uhr findet wieder große Fremden- und Volksvorstellung statt, die am vorigen Sonntag fast ausverkauft war. Auch das Kabarett hat seine Zugkraft behalten und ist die Neuerung, daß dasselbe jetzt die ganze Nacht geöffnet, von großem Erfolg begleitet. Das gesamte Programm verabschiedet sich Sonntag abends 8 1/2 Uhr und findet bereits von heute ab Billets im Vorverkauf bei Sager, Rohmarkt, erhältlich.

**pb. Leichenfund.** Heute morgen gegen 6 Uhr wurde eine weibliche Leiche unterhalb der Konervenfabrik vormals D. G. Karstens im Kanal gelandet. Die unbekannt Verstorbenen ist etwa 50—60 Jahre alt, zirka 1,60 m groß, hat dunkles, grau meliertes Haar, längliches Gesicht und vorstehendes Kinn. Sie war bekleidet mit einem kurzen schwarzen Jackett, gestrickter schwarzer Weste, dunkler, kariertes Bluse, weißer Barquent-Unterjacke, Tricotband, weißleinenem Hemd, dunkelblauem Kleiderrock, einem braunen und einem grauen Unterrock, weißen leinenen Unterkleid, schwarzen Strümpfen mit Schäften, die zum Teil mit brauner Wolle ausgebeffert sind, und schwarzen Halbschuhen. Um den Hals trug die Leiche ein dickes schwarzes molles Tuch. Die Wäsche ist nicht gezeichnet, auch wurde bei der Leiche nichts vorgefunden, wodurch die Persönlichkeit derselben festgestellt werden könnte. Es scheint Selbstmord vorzuliegen. Personen, die Angaben über die Persönlichkeit der Verstorbenen machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminal-Polizei zu melden. Photographie der Verstorbenen liegt daselbst aus.

**Stoßelstorf.** Zu einem wuchtigen Protest gegen den Lebensmittelpreis und die herrschende Wirtschaftspolitik gestaltete sich die gestern abend im Lokale des Herrn Baetau abgehaltene Volksversammlung. Mehr als 400 Männer und Frauen hatten sich eingefunden, um den Ausführungen des Referenten, Genossen Stelling-Lübeck, zu lauschen. Die in Lübeck angenommene Resolution fand auch hier einstimmige Annahme. Genossin G. v. r. forderte insbesondere die Frauen auf, sich der politischen Organisation anzuschließen. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

**B. Entz.** Auf zum Protest! Eine große Teuerung herrscht im Lande. Die Lebensmittelpreise haben eine Höhe erreicht, wie nie zu vor. Die Fleischpreise sind so hoch, daß es vielen Menschen nicht mehr möglich ist, Fleisch zu essen. Soll diese künstlich verursachte Teuerung so weiter schreiten? Nein! und abermals nein! Wer will, daß die Teuerung beseitigt werden soll, erscheine zu der am Sonntag abend bei Schröder stattfindenden öffentlichen Protestversammlung. Wer ferner will, daß der Reichstag sofort zusammentreten soll zwecks Beratung der herrschenden Teuerung, muß in dieser Protestversammlung erscheinen. Also, Männer wie Frauen, erscheint vollzählig!

**Zondern.** Halbe Arbeit. Der Sozialdemokratische Verein in Zondern hatte an den Magistrat der Stadt Zondern den Antrag gestellt, eine dringliche Sitzung der städtischen Kollegien einzuberufen und dieser den Antrag zu unterbreiten, a) ausländisches Fleisch zu beziehen, das zum Selbstkostenpreis in Portionen bis zu 6 Pfund an Gewerbetreibende, Beamte und Arbeiter, deren Jahres Einkommen 2000 Mk. nicht übersteigt, abgegeben werde. Die dringliche Sitzung hat stattgefunden, der Antrag des Sozialdemokratischen Vereins wurde aber abgelehnt. Die Schlachtereimeister von Zondern, die ausdrücklich zu dieser Sitzung eingeladen waren, um ihren Standpunkt klarzulegen, hatten ihr Erscheinen auch zugesagt. Sie glänzten aber durch Abwesenheit. Der Bürgermeister meinte, Leute mit zweitausend Mark Einkommen würden durch die Teuerung wohl empfindlich berührt, in einer Notlage befänden sie sich aber nicht. Schließlich wurde folgender Vorschlag des Magistrats angenommen: Die Stadtvertretung bedauert, auf den Antrag des Sozialdemokratischen Vereins nicht eingehen zu können, es sollen aber Maßnahmen getroffen werden, billige Seefische in Zondern einzuführen. Ferner soll beim Vorstand des Schleswig-Holsteinischen Städtevereins in Kiel beantragt werden, einen außerordentlichen Stadtag einzuberufen zur Beratung über die allgemeine Teuerung und geeignete Maßnahmen zur Beseitigung derselben. Zur Förderung der Einfuhr von billigen Seefischen wurde eine Kommission gewählt. Bemerkenswert ist, daß in Huzum, Friedrichstadt und anderen Orten das Fleisch billiger verkauft wird, als in Zondern.

**Kostock.** Die Grenzen auf! Die Bürgervertretung beschloß einstimmig, daß der Rat an den Bundesrat ein Gesuch zur Erleichterung der Einfuhr von Vieh, Fleisch und Futtermitteln richte. Die Einfuhr von Gefrierfleisch in großen Mengen soll gefordert werden.

**Obenburg.** Großfeuer. Gestern früh ist in Obenburg der große Lagerraum der Wappspinnerei niedergebrannt. Er enthielt Baumwolle im Werte von 150 000 Mark. Die Fabrik selbst ist erhalten geblieben. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**Obenburg.** Landtagsberufung. Die „Morgenzeitung“ weiß darüber zu berichten: Der Landtag beginnt seine Tagung voraussichtlich am Dienstag, dem 5. November, vormittags 11 Uhr. Man rechnet damit, die

Tagung vor Weihnachten beenden zu können, weil größere Vorlagen diesmal voraussichtlich nicht zu erledigen sein werden und die in Aussicht stehende Befolgungsvorlage wieder einem besonderen Ausschusse überwiesen wird. — In den Kreisen der Abgeordneten ist über die Einberufung noch nichts bekannt. Da der Landtag aber immer in den ersten Tagen des November zusammentritt, so mag der Korrespondent der „Morgenzeitung“ richtig geraten haben.

**Bremen.** Der Fall Radet beschäftigte den Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins in Bremen. Radet ist Mitglied der dortigen Parteiorganisation geworden. Der Vorstand nahm eine Erklärung Radets entgegen, wonach er sein Mandat für den Chemnitzer Parteitag niederlegt. Radet begründete die Niederlegung in einer längeren Darstellung der Vorgänge, die sich an den Ausbruch aus der polnischen Partei knüpfen. Nächsten Donnerstag soll sich eine Mitgliederparlamentarier der Bremer Parteiorganisation mit dem Fall Radet beschäftigen und eventuell eine Kommission wählen, die die gegen Radet erhobenen Beschuldigungen zu untersuchen hat.

### Arbeiter! Parteigenossen! Erwerbt das Lübecker Bürgerrecht.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

- 1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
- 2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
- 3) Militär-Papier.
- 4) Anmeldebchein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist. Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbständigen Handwerkern): Gewerbe-Anmeldebchein.
- 5) Gewerbe-Anmeldebchein.
- 6) Innungsmittelbchein.
- 7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
- 8) Geburtschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältlich Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des Lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich mindestens soviel an Steuer bezahlt hat, als der niedrigste Satz für ein steuerpflichtiges Einkommen beträgt.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9—1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Vom Steuerbureau ist eine Bescheinigung darüber beizubringen, daß für fünf Jahre Steuern bezahlt worden sind.

Wer bei der Beschaffung seiner Papiere oder in anderen Fragen irgendwelche Hilfe oder Auskunft wünscht, der wende sich an das Arbeitersekretariat, Johannisstraße 48, wo ihm solche kostenlos zuteil wird.

### Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

**Fördert die Arbeiter-Samariterkolonnen!** Wegen der in letzter Zeit vorgekommenen großen Zahlen schwerer Unglücksfälle ist es angebracht, auf eine Einrichtung hinzuweisen, der man in den Arbeiterkreisen nicht die Achtung schenkt, die ihr wegen ihres großen Nutzens für die Arbeiterschaft gebührt. Wir meinen die in verschiedenen Städten bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen, welche zum Arbeiter-Samariter-Bunde gehören. Wohl muß man der Ansicht sein, daß Staat und Gemeinde für die Opfer der heutigen Wirtschaftsweise zu sorgen hätten. Solange jedoch von dieser Seite nichts geschieht, ist die große Masse der Arbeiter auf sich selbst angewiesen. So manche brave Arbeiter, der als Opfer der kapitalistischen Ausbeutung auf dem Schlachtfelde der Industrie tot oder verkrüppelt geblieben ist, hätte erhalten werden, hätte seine Glieder wieder in gebrauchsfähigem Zustande verwerten können, wenn heim Unglück sachgemäße schnelle Hilfe und geeignete Hilfsmittel vorhanden gewesen wären. Viele Unfallverletzte wären ihrer berechtigten Ansprüche auf Unfallrente nicht verlustig gegangen, hätten sie einen genauen Nachweis über Ort, Zeit und Umstände des Unfalls führen können und wäre ihnen Aufklärung über die Gefahren bei Unfallverletzungen geworden. Lassen wir kurz die Aufgaben und Pflichten der Arbeiter-Samariter bei Unfällen und bei der Unfallverhütung folgen: Der Arbeiter, der als Samariter seine Arbeitsstelle betritt, in der er in Zukunft das Werk der Nächstenliebe ausüben soll, hat sich zu vergewissern, wo und in welchem Zustande sich der Verbandskasten befindet. Ist ein solcher nicht vorhanden, oder ist er in einem Zustande, daß er den Ansprüchen der ersten Hilfeleistung nicht genügt, so hat der Samariter dafür zu sorgen, daß ein Kasten beschafft oder der vorhandene in ordnungsgemäßen Zustand gesetzt wird. In vielen Fällen ist es den Arbeiter-Samaritern gelungen, Wandel zu schaffen. Kein verständiger Unternehmer kann sich weigern, solchen Wünschen Rechnung zu tragen. Sollte es dennoch der Fall sein, so wird der Arbeiteraussschuß, die Gewerkschaft oder die Gewerbeinspektion, an die sich der Samariter zu wenden hätte, dafür sorgen, daß diesem einfachen Gebot der Humanität Rechnung getragen wird. Ereignet sich ein Unfall, so hat der Samariter für schnelle, sachgemäße und gewissenhafte Hilfe und Behandlung zu sorgen, alle schädlichen Einflüsse, Aufregung usw. von dem

Verletzten fernzuhalten, für ärztliche Hilfe zu sorgen, und wenn ein Transport nötig ist, diesen zu leiten. Weiter hat er den Unfall denen zur Kenntnis zu bringen, die mit der Anmeldung an die Berufsgenossenschaft beauftragt sind. Ferner ist der Samariter verpflichtet, genaue Statistik über Zeit, Ort und Umstände zu führen und Augenzeugen des Unfalls zu notieren, um dem Verletzten bei der Geltendmachung seiner Ansprüche auf Unfallrente mit genauen Angaben zu dienen. Eine weitere wichtige Aufgabe der Samariter ist die Unfallverhütung in Betrieben, auf Bauten usw., und mit Benutzung können die bestehenden Arbeiter-Samariterkolonnen feststellen, hier eifrig tätig gewesen zu sein und schwere Unfälle verhüten zu haben. Wer sollte auch besser in der Lage sein, frühzeitig die Unfallgefahr zu erkennen, als der Samariter, der nur zu oft die verheerenden Wirkungen an Leib und Geist bei Unfallverletzten beobachten kann. Mit doppelter Aufmerksamkeit wird er Maschinen, Transportmittel, Schutzzorrichtungen usw. auf Bauten und in Betrieben beobachten und bei vorkommenden Mängeln auf deren Abstellung dringen. Die dem Arbeiter-Samariter-Bunde angeschlossenen Kolonnen suchen schon seit Jahren mit Erfolg ihre Mitglieder und Kurjusteilnehmer nach diesen Grundsätzen zu erziehen. Durch Vorträge wissenschaftlichen und belehrenden Inhalts werden sie über Gefahren bei Krankheiten, über Anatomie und über Bundbehandlung unterrichtet. In regelmäßigen Zwischenräumen werden sie in Kurzen unter ärztlicher Leitung in der ersten Hilfeleistung bei Unfällen unterrichtet. Auch im verfloffenen Jahre haben die Kolonnen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Wie die Statistik für 1910 zeigt, haben die Arbeiter-Samariter in 5694 Fällen die erste Hilfe geleistet, im Jahre 1911 in 12 378 Fällen, viel Unheil ist sicher von manchem der Verletzten durch die schnelle und sachgemäße Hilfe abgemindert worden. Die Zahl schon allein beweist, wie nötig die Verbreitung der Samariter ist. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen, Angehörige der Gewerkschaften und Parteiorganisationen, sowie der Turn- und sonstigen Sportvereine, unterstützt die Bestrebungen der Arbeiter-Samariterkolonnen durch Euren Beitritt. Vorbereitet unsere Ideen unter Euren Kollegen und Kolleginnen bei allen Gelegenheiten. Sorge jeder dafür, daß in den Orten, wo Kolonnen noch nicht bestehen, solche gegründet werden. Wir sind gern bereit, auf Grund unserer Erfahrungen allen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Arbeiter-Samariterkolonnen bestehen bis jetzt in 56 Orten. Ent.

### Bürgertafel.

Zu Lübeckischen Staatsbürgern sind vom Stadt- und Landamt angenommen:

Arbeiter Baad. Forstarbeiter Basalla, Alt-Lauerhof, Schneidereielle Baft. Straßenreiner Beck. Pensionatsinhaber Brand. Tabak- und Zigarrenhändler, Postkutschler a. D. Blöß. Arbeiter Bohnhof. Geschäftsführender Cedergren. Arbeiter Dresdel. Viertelshufner Egge, Tramm. Arbeiter Fischer. Lokomotivführer Frank. Arbeiter Glagow. Tischler Hansen. Arbeiter Harms. Technischer Aufsichtsbeamter der Hamburgischen Bauwerks-Berufsgenossenschaft Gass. Schlossergeselle Gass. Bureauhilfe Gauschild. Kaufmann Heinberg. Arbeiter Hoff. Handlungsbegleiter Klimradt. Malermeister Koch. Heizer Lorenz, Dänischburg. Eisenbahnassistent Luotgens. Arbeiter Meß. Maler Meyer. Eisenbahnassistent Ohrt. Steuerkassierer und Zollzinsungsbeamter Oldenburg. Arbeiter Oldorp. Maurergeselle Paasch. Eisenbahnassistent Papenhagen. Telegraphenarbeiter Rehbein. Kunst- und Handelsgärtner Reimer. Arbeiter Rickmann. Lotse Roese, Travemünde. Arbeiter Siegmund. Rutscher Schomaker. Kapitän Schulz. Brot- u. Viehhändler Schwarz. Glasermeister Thiesien, Travemünde. Arbeiter Tiehmann. Lithograph Wiegmann. Seiler Wierig.

Sie haben am 31. August 1912 vor dem Senate den Bürgereid geleistet.

### Spielplan der Vereinigten Stadttheater, Lübeck.

Vom 15. bis 21. September 1912:

Neues Stadttheater. Sonntag, 15. September: „Die fünf Frankfurter“, Lustspiel von Carl Köhler. Dienstag, 17. September: „Ein Sommernachts Traum“, Lustspiel von Shakespeare. Mittwoch, 18. September: „Glaube und Heim“, die Tragödie eines Volkes, von Karl Schönherr. Donnerstag, 19. September: „Figgars Hochzeit“, Kom. Oper von Mozart. Freitag, 20. September: „Die fünf Frankfurter“, Lustspiel von Carl Köhler. Sonnabend, 21. September: „Ein Sommernachts Traum“, Lustspiel von Shakespeare.

### Handels- und Marktnachrichten.

**Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 10. Sept.**  
Auftrieb 5700 Schweine. Markt anfangs rege, zum Schluß ruhig.

Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 83.— bis 84.— (66,50 bis 67.— Mk.) Mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 82.— bis 83.— (65,50 bis 66,50 Mk.) Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 25 Proz., 82.— bis 83.— (64.— bis 64,50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 81.— bis 82.— (63.— bis 64.— Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 72.— bis 80.— (54,50 bis 61.—) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 77.— bis 79.— (61,50 bis 63.—) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70.— bis 76.— (54,50 bis 59,50) Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Ludwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Inserate** finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“.

**Komitee- und Kommissionssitzungen**  
**Transportarbeiter.**  
 Vorstandssitzung nebst Kartell-  
 delegierten 8204  
 Donnerstag 8 Uhr  
 bei Fr. Siemßen, Untertrave.

**Frida Rogge**  
**Willy Süße**  
 Verlobte.  
 Lübeck. Halle a. d. Saale,  
 3217) a. St. Lübeck.

kleine Wohnung i. Pr. v. 100 Mt.  
 zu vermieten Untertrave 19/42 (hell-  
 grüner Gang). Zu melden bei  
 S a m b o r f, Wahnstr. 81. (8207)  
 Gesucht zu sofort 8210

**zwei tüchtige gewandte**  
**Hausburichen.**  
 Radfahrer bevorzugt.  
 Zu melden von 6-7 Uhr nachm.  
**Aug. Scheere, Retzeich 14.**

**Rock- oder Damen - Schneider**  
 gesucht. 8202  
**Martin Fährbör, Fleischhauerstr. 46.**  
 Gesucht eine ältere Frau tags-  
 über bei kl. Kind oder eine Frau,  
 die es tags zu sich nimmt. 3194  
 Warendorferstraße 5, nt.

2 gr. querbehaltene Regentonnen  
 zu kaufen gesucht. 3197  
 Ang. m. Preis an  
**Wieser, Bohmstraße 17.**

**Ripptisch, Tischlampe und**  
**Flieg. Blätter zu verkaufen.**  
 3203) Wafenthuener la. II. links.

**Guterhalt. Küchenhelfer**  
 billig zu verkaufen.  
 3200) Warendorferstr. 70, part.  
 Eine gebrauchte Garnitur grauen  
 Stoffbezug billig zu verkaufen.  
 3199) Wafenthuenerstr. 7, I. r.

**Guterhalt. Damenrad**  
 billig zu verkaufen.  
 3213) Warendorferstr. 5, I.

40 große Seneca-Küfen und  
 ein kleiner Rollwagen zu verkaufen.  
 3201) Wafenthuenerstr. 19a, I.

Dienstvermittlung wird über-  
 nommen. Etw. 8 Bfg., für junge  
 Leute auch Ausbesserer. Ang. unt.  
 S D an die Exp. des Bl. (3195)

**Ausgestümmtes Haar**  
 wird gekauft Damen-Frisier-Salon,  
 3196) Breite Straße 54.

**Damenhaar fauft**  
 Ed. Rieck,  
 3209) Wafenthuener Allee 46c.

**Zwetschen**  
 10 Pfd. Mt. 1.05.

**Kronsbeeren**  
 trockene saubere Ware  
 10 Pfd. Mt. 2.70.

**Kochbirnen**  
 1 Pfd. 8 Bfg., 10 Pfd. 70 Bfg.  
 empfiehlt 3214

**Wilh. Süfke**  
 Warendorferstraße 25.

**Morgens 3216**  
**Zwetschen**  
 Große reife  
 10 Pfd. Mt. 1.20; la. Berga-  
 mott-Birnen 10 Pfd. 90 Bfg. u.  
 1 Mt. la. Beurre gris 10 Pfd.  
 1 Mt. Kochbirnen Pfd. 8 Bfg.  
**C. KRASE, Wafenthuenerstr. 26.**

**Johannes Holst**  
 Kohlmarkt 6 und Markt 6.  
 Spezialität: Arbeitergerben.  
 Reine Hauptpreislagen sind:  
 geät. Leder-Hosen 2.45 2.95 3.65  
 4- 1.75  
 glatte Filz-Hosen 2.45 2.95 3.65  
 609) 4.45 5.20 5.95  
 Filz-Schnitthosen 4.95  
 Schoner-Hosen 1.40 1.75 2.40  
 Schoner-Jacken 1.50 1.95  
 2.40  
 Hanfleder-Hosen 4.95 5.95  
 6.95 8.75  
 Hanfleder-Schnitthosen von  
**M. Mesberg 8.00**  
 Reiser- u. Zimmerer-Hosen von  
**M. Mesberg zu Original-Preisen.**  
 Reiser 1.25 1.45 1.75 1.95 2.25  
 einzelne Hosen in Buckskin,  
 Jeans, Leder und Hanfleder  
 1.95 2.10 2.25 2.35 2.65 3.00  
 Hosen 3.00 3.25 3.50 3.75 4.00  
 glatte Jacken-Hosen 78. 88  
 110 125 135 168 200  
 mit schönem Lederhosen  
 1.25 1.75 2.00  
 Warendorferstr. 45 50 Bfg.  
**1ste Kakaburke.**

# Weltall und Menschheit.

## Naturwunder und Menschenwerke.

Geschichte der Erforschung der Natur und Verwertung der Naturkräfte im Dienste der Völker.

Herausgegeben von Hans Kraemer in Verbindung mit mehreren hervorragenden Professoren.

**Reich illustriertes Prachtwerk mit ca. 2000 Illustrationen,**  
 zahlreichen schwarzen und bunten Kunstblättern, Faksimile-Beilagen etc.

**Extrabeigaben in neuem System der Darstellung. — 100 Lieferungen à 60 Pfg.**  
 Alle 14 Tage erscheint eine Lieferung.

Das Werk wird zum ersten mal im Zusammenhang die Beziehungen des Menschengeschlechtes zum Weltall und seinen Kräften schildern und von der Vorzeit an die Spuren des Kampfes des Menschen mit den Naturgewalten verfolgen, um die Bedeutung der Verwertung der Naturkräfte für die Kulturentwicklung ins rechte Licht zu setzen.

Zu beziehen durch die

## Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstrass 46.

**Geschäftsverlegung.**  
**Zigarrengeschäft**  
 von Breite Straße 75 nach  
**Breite Straße 55, Ecke Johannisstr. 1 (früh. Kommerzbank).**  
**Hinrich Buse.**  
 3215

**Trinkt**  
**Buntekuh-Kümmel**  
 1708) Kompikern-  
 Erbsenrei Buntekuh.

Der

# Neue-Welt-Kalender

für 1913

in erschienen und seines reichhaltigen und guten Inhaltes wegen jedem  
 unserer Leser sehr zu empfehlen.

**Preis 40 Bfg.**  
**Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.**  
 Johannisstraße 46.

**Buchen-Abfallholz**  
 ab Herbst 80 Bfg. und frei Haus  
 1 Mt. pro Sad. (2913)  
**F. E. Schacht & Co.,**  
 Wafenthuener Allee 41.

**Carl Folkers**  
**Möbelmagazin**  
 25 Marlesgrube 25.  
**Vollst. Wohnungseinrichtungen.**  
**Selbstgefertigte Arbeiten.**  
**Größte Auswahl.**  
**100) Billigste Preise.**  
**Weitgehendste Garantie.**  
**Zimmermöbel stets vorräthig.**  
**Lieferung frei Haus**  
**auf eigenem Möbelwagen.**  
**: Teilzahlung gestattet :**  
**Bei Barzahlung Rabatt.**  
 Gabe rote Labeca-Kakaburke.

**Zwetschen**  
 aus täglich eintreffenden Ladungen,  
 prima Korbware, 2 Pfd. 25 Bfg.,  
 10 Pfd. 1 Mt., bei 100 Pfd. billiger.  
 Gemahl. Zucker Pfund 26 Bfg.,  
 10 Pfund 2.50 Mt. 3211

**August Westphal**  
 Ludwigstraße 69.

**„Alte Post“, Moisling.**  
 Am Mittwoch, dem 11. Septbr.,  
 findet aus Anlaß der Einquartierung  
 ein großes  
**freies Familien-Kränzchen**  
 statt, wozu freundlichst einladet  
 Anfang 8 Uhr. (3192) **C. Hoyer.**

**Saffhol St.-Mühlen.**  
 Am Sonntag, dem 15. Septbr.:  
**Großes Bäder-Kränzchen**  
 mit nachfolgendem Frühstück.  
 Hierzu ladet freundlichst ein  
 3193 **O. Evers.**

**Konsumverein**  
 für Lübeck und Umgegend.  
 Warenabgabestelle **EUTIN.**

**Mitglieder-Versammlung**  
 am Freitag, 13. Sept.  
 abends 8 1/2 Uhr  
 bei Knickrehm.  
 Tages-Ordnung:  
 Wie stellen die Mitglieder sich zu  
 der von Vorstand und Aufsichtsrat  
 beschlossenen Kündigung des Lager-  
 halters Borchert.  
 Zu dieser Versammlung vollständig  
 zu erscheinen ist Pflicht der Genossen.  
 3205 Der Genossenschaftsrat.

**Sozialdemokrat. Frauen.**

**Versammlung**  
 Donnerstag, 12. Sept.  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im „Gewerkschaftshaus“  
 Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Geschäftsführers  
 Gen. Henze: Sozialdemokratie  
 und Genossenschaft.  
 2. Verschiedenes (Kinderklub, Ju-  
 gendheim).  
 Zahlreichen Besuch erwartet  
 3212) Die Einberuferin.

**Moisling.**  
 Sozialdemokratischer Verein

Die auf Donnerstag, den 12.  
 d. M., vorgesehene öffentliche Volks-  
 versammlung kann umständehalber  
 erst im Laufe der nächsten Woche  
 stattfinden.  
 3198) Der Vorstand.

**Zentral-Hallen**  
 Dankwartstraße 20.  
 Jeden Donnerstag:  
**Tanzkränzchen.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Ende 12 Uhr.  
 1093)

**Gesangverein der Zimmerer.**

**Lombola.**

Es wurden folgende Nummern  
 mit Gewinne gezogen:

9	85	88	92	101	121
145	147	155	160	177	178
184	192	205	218	235	242
249	284	318	326	348	364
374	399	414	496	504	510
518	533	556	618	645	654
687	728	743	749	771	818
833	857	873	898	931	965
980	998	1017	1049	1062	1065
1073	1118	1157	1161	1169	1216
1270	1308	1348	1404	1508	1526
1535	1559	1610	1619	1652	1670
1714	1719	1750	1769	1782	1785
1812	1825	1831	1836	1921	1954
1958	1972	1997	2024	2054	2077
2099	2176	2203	2235	2239	2252
2268	2309	2338	2352	2360	2395
2402	2434	2468	2470	2514	2527
2578	2603	2612	2641	2656	2693
2700	2778	2800	2824	2850	2871
2927	2938	2955	2996	3013	3021
3024	3108	3116	3141	3155	3170
3250	3272	3275	3305	3388	3395
3400	3457	3570	3572	3592	3594
3631	3645	3649	3694	3755	3768
3777	3861	3872	3877	3883	3886
3894	3904	3921	3998		

Die Gewinne sind abends von 8  
 bis 9 1/2 Uhr bei **J. Mohr, Gurde-  
 straße 101**, abzuholen.  
 Gewinne, welche bis zum 20. Sep-  
 tember 1912 nicht abgeholt sind,  
 verfallen der Vereinskasse.  
 3206) Der Vorstand.

**Hansa-Theater.**  
 Nur noch bis Sonntag, den  
 15. September,  
 das phänomenale Programm  
 mit

**Lura Vodoo**  
 die indische Nackt- und  
 Schlangentänzerin  
 Sonntag, den 15. September,  
 4 Uhr:  
**Gr. Fremd- u. Volksvorst.**  
 Abends **Wohlfahrtsvorft.**  
 8 1/2 Uhr  
 des gesamten Programms.  
 Billets schon von heute  
 bei Sager. 3208  
 Um 11 Uhr: **Kabarett.**  
 Entree frei. Entree frei.  
 Die ganze Nacht geöffnet.

## Achter Skandinavischer Arbeiterkongress.

Stockholm, den 6. September.

In der Militärfrage konnte die zehngliedrige Kommission nun hinsichtlich der antimilitaristischen Agitation einig werden; dazu liegt eine einheitliche Kommissionsresolution vor. Diese Resolution schließt sich den Beschlüssen der internationalen Sozialistenkongresse an und fordert die Freiheit für jedes Land, über die Form seiner antimilitaristischen Agitation selbst zu entscheiden. Zu der Frage aber, wie Kriege zu verhindern sind, hat sich die Kommission in zwei gleich starke Gruppen geteilt. Zur ersten Gruppe gehörten neben den Schweden Branting und Thorsen sämtliche dänischen Kommissionsmitglieder. Der Resolutionsentwurf dieser Gruppe verweist auf die Forderungen der internationalen Sozialistenkongresse, obligatorische Schiedsgerichtsentscheidungen bei Streitigkeiten der Nationen untereinander herbeizuführen und fordert von den skandinavischen Parteien, daß sie bei drohenden Konflikten sofort einig zusammen wirken und alle Machtmittel der Arbeiterklasse in Anwendung bringen, um die Forderung der schiedsgerichtlichen Entscheidung zurückzusetzen. Die zweite Gruppe bestand aus drei norwegischen Antimilitaristen, einem schwedischen Jungsozialisten und einem Finnländer. Diese Kommissionsgruppe fordert Festlegung der anzuwendenden Mittel, um die schiedsgerichtliche Entscheidung zu erzwingen. Und zwar sollte teils der Generalstreik, teils der Militärestreik in Anwendung kommen.

Auf dem Kongresse wurden die beiden Gruppen von Branting-Schweden und Bonnevie-Christiania vertreten. Der Antragsteller und Vertreter des General- und Militärestreiks, Bonnevie, ist Reserveleutnant der norwegischen Armee und vom Kasernenhof direkt zum Kongresslokal gereist, um seinen antimilitaristischen Neigungen dahin Ausdruck zu geben, daß die Ausübung des Kriegehandwerks durch einen Streik verweigert werden muß. Branting konnte die überwiegende Mehrheit des Kongresses von der Sinnlosigkeit der Anwendung großer Worte und Drohungen überzeugen. Die von ihm vertretene Resolution der Gruppe I fand nach einem hitzigen Geplänkel zwischen den beiden Richtungen mit großer Mehrheit Annahme. Mit gleicher Mehrheit wurde die Militärestreikresolution der zweiten Gruppe abgelehnt.

Am Donnerstag früh wurde sodann die zurückgestellte Diskussion über den ausgezeichneten gewerkschaftlichen Vortrag Vians über die gewerkschaftliche Taktik und Organisationsformen fortgesetzt. Auch hier standen sich zwei Richtungen gegenüber, obgleich die zweite (syndikalistische) Richtung nur aus wenigen Personen bestand. Soweit diese auf dem Kongress sich zu erkennen gab, stand sie auf dem Boden parlamentarischer Aktion, lehnte also in diesem Punkte den anarchischen Syndikalismus ab. Aber sie akzeptiert die syndikalistischen Kampfmittel, Sabotage, Generalstreik usw., und lehnte das gewerkschaftliche Unterstützungsweisen ab. Vertreten wurde diese Auffassung von Traumäl-Norwegen, der seinen Landsmann Vians scharf bekämpfte. Daneben lief noch ein schwedischer Streit einher über die Aufgaben der Landesorganisation und ihrer Unterstützungspflicht. Der Vorsitzende der

schwedischen Metallarbeiter, Johansson-Stockholm, bekämpfte die nationalzentralisierte Unterstützung, er will vielmehr durch internationale Berufsverbindungen die Unterstützung sichern, wobei er u. a. die Frage offen läßt, wie sich diejenigen helfen sollen, für die solche Verbindungen nicht geschaffen werden können. Sowohl Cohen-Berlin wie der Vorsitzende der dänischen Maschinenbauer traten ihm entgegen. Cohen vertrat die deutsche Auffassung, daß internationale Unterstützung nur gewährt werden kann, wenn alle nationalen Quellen erschöpft sind. Hansen warnte mit großer Schärfe seinen Kollegen Johansson vor einer Separierung der schwedischen Gewerkschaften, die nur mit einer schweren Enttäuschung der schwedischen Metallarbeiter enden würde. In der Abstimmung fiel der syndikalistische Antrag durch, während der Antrag Johanssons, die Frage offen zu lassen, und nur für eine intensive Agitation und Aufklärungsarbeit einzutreten, nur 29 Stimmen erhielt. Die Resolution der Kommission (Vians Leitfäden), die die gleichen gewerkschaftlichen Auffassungen, wie sie auch im wesentlichen in Deutschland bestehen, vertritt, wurde daraufhin mit überwiegender Mehrheit angenommen. — Es folgte eine Resolution zur Einwanderungsfrage, die sich dem Beschlusse des Stuttgarter internationalen Kongresses anschließt. — Weiter wurde beschlossen, die skandinavischen Arbeiterkongresse künftig nur nach Bedarf einzuberufen. — Nach den üblichen Abschiedsreden wurde der Kongress Donnerstag nachmittag geschlossen.

## Aus der Partei.

**Strafkonto der Parteipresse.** Zu einer Geldstrafe von 50 Mk. und zu den Kosten verurteilte das Amtsgericht Taubertshofshaus den Verantwortlichen der Mannheimer „Volksstimme“, weil er den leitenden Personen bei der Hilfsaktion für die Hochwasserbeschädigten im Taubertgrund vorgeworfen hatte, sie hätten sich Unregelmäßigkeiten in der Verwendung der Hilfsgelder zuschulden kommen lassen. Das Gericht urteilte mild, da die „Volksstimme“ einer falschen Berichterstattung zum Opfer gefallen war. Von 300 000 Zentnern Heu, die an die Notleidenden zur Verteilung gelangten, mußten 8 Prozent als Verlust abgebucht werden; dieses Heu war nämlich von den Bauern verschleudert und teilweise auch zu Unrecht mitgenommen worden. Diese Tatsache führte zu dem Gerücht, es fehle eine größere Geldsumme.

## Aus der Jugendbewegung.

Die Jugendausschüsse im Agitationsbezirk Halle (Saale) hielten am Sonntag in Halle ihre Jahreskonferenz ab; sie war von 80 Delegierten aus 43 Orten besetzt. Im abgeschlossenen Berichtsjahre stieg die Zahl der örtlichen Jugendausschüsse von 29 auf 54, sodaß also in 25 neuen Orten, meist Dörfern, die proletarische Jugendbewegung Eingang fand. Die Zahl der Abonnenten der „Arbeiterjugend“, denen die Mitglieder einiger Jugendvereine und gewerkschaftlicher Jugendsektionen zugezählt sind, stieg von 2055 auf 8465. Jugendheime bestehen in 12 mittleren Orten. 13 besondere Jugendbibliotheken mit 1004 Bänden und 9 eigene Spielplätze sind vorhanden. In 4 Orten griff die Polizei durch Auflösung von 8 Versammlungen und Unterhaltungsabenden ein, was Strafmandate zur Folge hatte. — Die Konferenz forderte von den Bildungsausschüssen, daß sie öfter Veranstaltungen für die Jugend und Kinder der Arbeiterschaft unternehmen, um die Arbeiterkinder leichter von dem Wehrvereinsrummel fernzuhalten. Die in drei Kreisen von der Bezirksleitung abgehaltenen kurzen Kurse

über die praktische Betätigung der Jugendausschüsse sollen als äußerst zweckmäßig auch in den noch übrigen Kreisen gehalten werden. Die Konferenz beschloß weiter die Abhaltung eines Jugendtages zu Wittingen kommenden Jahres. Zum Schluß hielt Genosse Schumann-Jena einen instruktiven Vortrag über organisatorische Kleinarbeit der Jugendausschüsse.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Der Kampf der Buchbinder im Erzgebirge.** Zum Streit der dortigen Kartonnagenarbeiter ist zu berichten, daß in der dritten Streikwoche auf beiden Seiten fleißig gearbeitet wurde, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die Streitenden nahmen Abstand von ihrer Forderung, einen prozentualen Zuschlag auf den verdienten Lohn zu verlangen, nachdem ihnen zugesichert wurde, Akkordpreislisten auszuarbeiten. In der Mehrzahl der Betriebe wurde denn auch diese gemeinsame Arbeit in einigen Tagen erledigt. Und dort, wo den Kommissionen Schwierigkeiten bereitet wurden, verlagten diese nicht, sondern überwandten diese Arbeit an der Hand der vorgelegten Muster. Am Freitag, dem 6. September wurden unter Mitwirkung eines Beamten vom Deutschen Industrie-Schutzverband Vereinbarungen getroffen über Arbeitszeit, Löhne, Überstundenbezahlung und allgemeine Bestimmungen, die von beiden Seiten angenommen wurden. Nur im Betriebe des Herrn Schreiter konnte über die Akkordpreislisten noch keine Einigung erzielt werden. Diese Firma bildete den Hemmschuh, daß nicht bereits am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Aber wegen einer Firma, wird da mancher verwundert fragen, konnten doch die anderen Betriebe die Arbeit aufnehmen! Nein! erklärte der Beamte des Industrie-Schutzverbandes; solange nicht in allen Betrieben eine Verständigung erfolgt ist, kann die Arbeit auch in den anderen Betrieben nicht aufgenommen werden, das duldet der Industrie-Schutzverband nicht. Was würde wohl der Deutsche Industrie-Schutzverband für ein Geheiß erheben, wenn die Arbeiter eine solche Stellung eingenommen hätten? Wird er diese seine Stellungnahme seinem Sammelbulet einverleiben, das er gegen die Arbeiterschaft für die Regierungen bindet?

**Die Former und Gießereiarbeiter in Hagen und Schwelm i. Westf.** befinden sich im Abwehrkampf gegen den Unternehmerarbeitsnachweis. Der Arbeitsnachweis wurde entgegen dem Versprechen der Unternehmerorganisation in rigoroser Weise gegen die Arbeiter gehandhabt, deshalb wurde die Sperre über den Nachweis und die Gießereien verhängt. Daß die Sperre wirkt, wird von einem der bedeutendsten Betriebe durch folgendes Zirkular bestätigt, das sie an die anderen Betriebe sandten:

Gußstahlwerk Wittmann-Aktien-Gesellschaft.

Hagen i. W., 20. Juli 1912.

Wie Ihnen bekannt sein wird, ist über den Bezirk Hagen-Schwelm des Arbeitgebervereins seitens der Arbeiterorganisationen die Sperre verhängt worden, und macht sich aus diesem Grunde der Arbeiterbelohnung der unbeschäftigten Former, Gießereiarbeiter, die zum Teil von uns aus, bei Ihnen Arbeit suchen sollten, nicht einzustellen.

Auf beiliegender Liste sind die Namen derjenigen bezeichnet, die vorläufig gekündigt haben.

Hochachtungsvoll

(Stempel der Firma.)

1. Anlage. Auf der Anlage sind die Arbeiter verzeichnet, die lieber anderwärts arbeiten, als sich von dem Geschäftsführer des Arbeitgebervereins, einem Leutnant a. D., schützigeln zu lassen.

Auch die Urabschriften der Unternehmer werden nichts nützen. Wollen sie Ruhe und Frieden haben, so sollen sie aus ihrem Maßregelungsbureau einen wirklichen Arbeitsnachweis machen und nicht die Freizügigkeit der Arbeiter beschränken.

## Ein Deutscher.

Roman von Otto Ruppis.

(18. Fortsetzung.)

Eine Pause folgte, als Reichardt geendet. „Sie haben gehandelt“, sagte sie endlich langsam, seine Hand loslassend, „wie es vielleicht dem Manne zukommt, Auge gegen Auge; und doch wäre es besser gewesen, Sie hätten die ganze Angelegenheit in meiner alleinigen Macht gelassen. Wir haben Sie jetzt wohl die beste Waffe in die Hand gegeben; sich aber haben Sie in Mr. Young und dem Prediger zwei Feinde geschaffen, die wahrscheinlich nicht mehr offen gegen Sie aufzutreten, Ihnen aber im verborgenen den Boden unter den Füßen abgraben werden. Ich hätte Sie so gern ganz ohne direkten Anteil an dem Kampfe gesehen, damit Sie völlig rein dastehen hätten, und selbst der Haß Ihrer Gegner ohne eigentliche Begründung gewesen wäre; ich vermicke schon deshalb so ängstlich jeden Schein einer näheren Bekanntschaft mit Ihnen — jetzt ist das vorüber, und wir haben zu nehmen, was kommt. Aber mögen die Schlangen doch auch nicht ausbleiben, was es auch sei — benachrichtigen Sie mich sofort, und Harriet wird zu Ihnen stehen und — und wird alles vergessen, was nur ihrer Rücksicht bis jetzt heilig gewesen ist!“ Es war ein eigentümlicher Ton, der in diesen Worten klang, ihre Stimme war gesunken und schien unter ihrer Empfindung zu bebren. „Gehen Sie jetzt, es ist besser!“ fuhr sie in demselben Tone fort, und Reichardt fühlte seine Hand umschlossen, daß es ihm warm bis zum Herzen krieg, denken Sie daran, was ich Ihnen sagte, und bauen Sie auf Harriet!“ Sie zog ihre Hand in einer Art von Hast zurück und wandte sich dem Hause zu; ohne sich umzublicken, eilte sie die Treppe hinauf und verschwand in der Tür des Ballons.

Reichardt stand noch zwei Minuten auf demselben Platze, ihr nachblickend; der eigentümliche Ton ihrer letzten Worte klang noch immer in seinen Ohren, und eine Ahnung, sein ganzes Innere rebellierend, stieg in ihm auf. Er hatte seinen Rückweg angetreten, fast ohne es selbst zu wissen, und erst als er sein Hotel vor sich sah, kam er wieder zum rechten Bewußtsein seiner selbst. Langsam stieg er die Treppe nach seinem Zimmer hinauf, brante sich Licht an und blieb dann in der Mitte des Raumes stehen. „Es ist ein wahrhaftiger Gedanke“, sprach er vor sich hin, „und doch ist bei ihr alles

möglich!“ Wieder versank er in Gedanken und schüttelte dann langsam den Kopf. „Und wenn es wäre, könnte ich denn? — Schlafe, Mar,“ fuhr er sich aufrüttelnd fort, „wenn es Morgen ist, werde die Einbildungen verdunstet sein!“ Er warf seine Kleider von sich, löschte das Licht und taumelte in sein Lager gesunken, als auch schon der Schlaf über ihn kam, mit neuen Bildern jede andere Erinnerung aus seiner Seele scheidend.

V.

Die Sonne schien bereits hell in sein Zimmer, als er am andern Morgen erwachte. Sonst hatte ihn immer Bobs Eintreten, der seine Kleider zum Reinigen abholte, geweckt; heute lag noch jedes Stück seines Anzuges, wo es abends zuvor Platz gefunden. Er sah nach seiner Uhr, es ging bereits auf neun; die Landpartie, welche er schon früh mit dem Wirte hatte machen wollen, fiel ihm ein — es war sonderbar, daß er nicht geweckt worden war, und mit einiger Verwunderung verließ er sein Bett. Als er nach kurzer Toilette sich nach der bereits verlassenen Frühstückstafel begab, wahrte es eine geraume Zeit, ehe er einen der schwarzen Aufwärter habhaft werden konnte. „Wo ist Bob?“ war seine erste Frage. Der Neger sah ihn mit einem Blicke an, dessen Ausdruck sich Reichardt umsonst zu erklären suchte, zog dann die Schultern in die Höhe, warf einen Blick um sich und sagte mit einem Grinsen, in dem sichtlich eine Bedeutung lag: „Ich weiß nicht, Sir!“

Der Deutsche sah eine Sekunde lang ungewiß in das schwarze Gesicht. „Ist denn etwas mit ihm vorgefallen?“ fragte er.

„Weiß nicht, Sir!“ war die erneute Antwort; mit gedämpfter Stimme aber fuhr der Sprecher fort: „Mr. Curry kam gestern abend noch spät und frag nach Bob; der mochte es ihm aber beim Eintreten wohl schon eingesehen haben, daß irgend etwas nicht recht war; er schlüpfte zur Hintertür hinaus, und seit der Zeit haben wir nichts wieder von ihm gesehen — er ist die ganze Nacht nicht ins Haus gekommen.“

Auf das Herz des jungen Mannes legte sich schwer der Gedanke, daß sein Gespräch mit Young wahrscheinlich Bobs Unglück geworden war. Es lag auf der Hand, daß der erstere nach des Deutschen Weggange sogleich den Prediger angeschickt und dieser auf den Schwarzen, als den einzigen Zeugen des Vorganges in der Sakristei, den Verdacht eines Betrugs geworden hatte. Reichardt war sich bewußt, nur dem Triebe der Selbsterhaltung gefolgt zu sein, und zu ändern war jetzt auch nichts mehr. Trotzdem ging er nach beendetem Frühstück in der unangenehmsten Stimmung nach seinem Zimmer zurück.

Er hatte sich dort kaum auf einen Stuhl ans Fenster geworfen, als nach kurzem Klopfen der Besizer des Hotels den Kopf zur Tür hereinsteckte und beim Erblicken des jungen Mannes ins Zimmer trat.

„Sie scheinen eine gute Nacht gehabt zu haben!“ sagte er, sich unweit seines Ganges auf einem Stuhle niederlassend.

„Das heißt, ich habe unsere Fahrt verschlafen“, erwiderte Reichardt lachend, dem es lieb war, sich aus seinen Gedanken reißen zu können. „Sie scheinen aber selbst ein Hinbernis gefunden zu haben!“

„Dem ist wirklich so!“ versetzte der Wirt. „Well, Sir,“ fuhr er fort, sich das Kinn streichend, während sich sein Gesicht in ernste Falten legte, „es ist da eine unangenehme Geschichte, um deren willen ich eigentlich zu Ihnen kam. Bob, Ihr Aufwärter, ist gestern abend unspätbar geworden und jetzt noch nicht wieder zurück. Sein Herr, der methodistische Prediger im Orte, war gestern abend hier, um ihn zu sprechen, und heute morgen wieder. Der geistliche Gentleman war ziemlich aufgeregt, als er zum zweiten Male vergebens kam, und schien keine andere Idee zu haben, als daß der Vermittler flüchtig geworden sei. Er begann die übrigen Neger-Aufwärter zu examinieren, und was er da erfuhr, scheint wirklich seinem Verdachte einen Boden zu geben. Das schwarze Volk hat nämlich ausgesagt, daß Sie sich immer besonders freundlich gegen Bob gezeigt und er sich dessen rühmt habe, daß Sie ihm, nach seiner Erzählung, die verlockendsten Dinge über den Ofen mitgeteilt hätten, wie, daß es dort niemand mit ihm als Fiedler aufnehmen könne, und daß er nur hinzukommen brauche, um dort ein großer Mann zu werden.“

Reichardt fuhr auf, aber der Hotelbesitzer winkte ihm zu schweigen. „Ich kann mir schon denken, Sir, daß in den Auslagen manches übertrieben ist, und bin auch, wie ich Sie habe kennen lernen, überzeugt, daß das, was Sie etwa gesagt haben mögen, ohne den geringsten bösen Willen ausgesprochen war, daß Sie nur durch die Unkenntnis unserer hierigen Verhältnisse dazu verleitet worden sind. Demohingegen läßt es sich nicht wegdisputieren, daß Sie in dem ange deuteten Sinne geredet, daß der Schwarze verschwunden ist und daß diese Flucht dem Einflusse Ihrer Worte zugeschrieben wird.“

„Aber um Gottes willen“, rief Reichardt, dem die Enttarnung an die geheimnisvollen Fragen, welche ihm der entflozene Bob hatte vorlegen wollen, den Schweiß auf die Stirn trieb. „Alles, was ich auch gesagt haben möge, ist doch so völlig unerschütterlicher Natur gewesen —“

(Fortsetzung folgt.)

**Lohnbewegung der Steinarbeiter.** Die Arbeiter der Kunststein-, Marmor- und Sandstein-Branche in Mainz haben neue Tarife abgeschlossen. Die dadurch bewirkte Aufbesserung der Stundenlöhne in der Kunst- und Sandstein-Branche beträgt 5 Pfg., eine weitere Erhöhung von 2 Pfg. die Stunde wird am 1. April 1913 eintreten. In der Marmorbranche, in der eine Aufbesserung der Stundenlöhne von 8-10 Pfg. erzielt worden ist, wird vom 1. April 1913 ein weiterer Pfennig pro Stunde bezahlt werden. Der Tarif wurde, mit Ausnahme einer Firma, von sämtlichen Unternehmern anerkannt. Auch mit der Stadtverwaltung sind Unterhandlungen wegen Anerkennung des Tarifs für städtische Bauten eingeleitet.

**Die noble Firma Krupp.** Ein Modellschreiber, der bei der Firma Krupp auf der Friedrich-Alfred-Hütte in Rheinhausen beschäftigt war, erhielt zwei Monate nach seiner Entlassung unterm 28. August nach seinem jetzigen Wohnort in Hilden bei Düsseldorf das nachstehende Schreiben von der Firma zugesandt:

Auf Ihre Postkarte vom 15. v. M. erwidern wir, daß wir Ihnen rückständigen Lohn aus der Lohnperiode 1. - 15. 6. 1912 im Betrage von 6,10 Mk. sowie die für evtl. Wohnungsschäden einbehaltenen 5 oder insgesamt 11,10 für Miete pro Monat Juni 1912 vereinnahmt haben. Bei Ihrer am 5. Juni cr. erfolgten Entlassung wurde versehentlich die Miete für Monat Juni 1912, während welcher Zeit Sie die Wohnung noch innehaben, nicht eingekassiert. Da die Miete für den Monat 11,26 Mk. betrug, bleiben noch 0,16 Mk. ungedeckt. Dieser Betrag erhöht sich für eine zu ersehende Scheibe und einen Schlüssel um 1,05 Mk. Zur Vermeidung von Weiterungen bitten wir, uns den Betrag von 1,21 Mk. baldigst einzusenden.

Achtungsvoll  
Friedrich Krupp Aktiengesellschaft.  
Friedrich-Alfred-Hütte.  
(Namen unleserlich.)

Die Weltfirma Krupp hindert also ihr Millionentum nicht, einen Arbeiter nach zwei Monaten wegen 16 Pfennigen rückständiger Miete zu mahnen. Die zu ersehende Fenster Scheibe sprang bei einer Explosion entzwei, ist also nicht einmal ersatzpflichtig.

**Terrorismus.** In dem Organ des Verbandes selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede vom 28. August d. J. befindet sich auf der ersten Seite folgende Berrufserklärung:

Es herrscht in Bochum und Breslau. In beiden Plätzen suchen die Gesellen einen Sondertarifvertrag vor Ablauf des allgemeinen baugewerblichen Tarifvertrages zu erzwingen. Wir bitten deshalb, keine Gesellen von diesen Plätzen einzustellen und Arbeitswillige zu verweisen an die Herren Kollegen O. Brodmann in Bochum, Wittenstraße 36 und Herrn Obermeister Wenzel, Breslau, Schiefwerderstr. 12.

Verband selbständiger deutscher Installateure, Klempner und Kupferschmiede, G. B.

Es folgen dann die Namen von 63 Klempnergesellen aus Bochum. Es sind dies aber nicht alle Streikenden, und merkwürdig ist es, daß die Gesellen von Obermeister Brodmann nicht mitaufgeführt sind. Der obengenannte Unternehmervorstand gehört auch zu denen, die nicht genügend über den Terrorismus der Arbeiterverbände jammern können und auch nach Arbeitswilligkeit verlangen. Für sich selbst betrachten sie jedes Mittel im wirtschaftlichen Kampfe als erlaubt.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Eine Mitschuld.** Vor dem Landgericht in Leipzig hatte sich der Stallschweizer Klüthner, der auf dem Rittergut Kleinschöcher in Diensten stand, zu verantworten. Er wurde beschuldigt, Kälber mit der Milchgabel geschlagen und gestoßen, sechs Kühen die Schwänze gebrochen und zwei dem Inspektor gehörige Hühner eingeschlagen zu haben. Ferner wurde er beschuldigt, an zwei Tagen Milchfäße so gestellt zu haben, daß der Urin der Kühe hineinfließen mußte. Der Angeklagte gab an, er sei geschlechtskrank gewesen und der Arzt habe angeordnet, daß er sofort ins Krankenhaus müsse. Aber der Oberinspektor habe ihn nicht entlassen wollen, vielmehr habe dieser ihn noch geschlagen. Um seine Entlassung zu erwirken, habe er die Milchfäße so gestellt, daß der Urin der Kühe in die Milchflüßer fließen konnte, aber er habe das so offensichtlich getan, daß sein Kollege es sehen und ihn anzeigen sollte. Der Oberinspektor erklärte, daß er dem Angeklagten eine Maulschelle gegeben habe, weil er ihm ein Brot weggenommen habe. Er habe von dem Angeklagten nur eine ärztliche Bescheinigung verlangt, daß er ins Krankenhaus müsse. Die Kühe hätten unter der Pflege des Angeklagten gestanden, so daß niemand anders der Lärter sein könne. Der Angeklagte hätte die Kühe auch mit der Striegel so roh geschlagen, daß sie lauter war. Der Oberinspektor erklärte, daß die durch den Urin verunreinigte Milch auf dem Gute zum unmittelbaren Verkauf ans Publikum gekommen sei. In dessen sei nicht bekannt geworden, daß Gesundheitsstörungen durch den Genuß vorgetrieben waren. Auf 20 Liter Milch sei etwa ein Liter Urin gekommen. Der Angeklagte wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

**Wie ein amerikanischer Soldat behandelt wurde.** Im Mai dieses Jahres war in Argis (Dänemark) der Soldat Geyer vom Feldartillerieregiment Nr. 3 an Blinddarmentzündung erkrankt. Er sollte zur Operation nach Königsberg transportiert werden. Mit dem Transport des Schwerkranken wurden die Unteroffiziere Jochke und Sombatski beauftragt. Die Begleiter legten sich aber im Zug hin und schliefen, so daß sie das rasch zunehmende Unwohlsein des Kranken gar nicht bemerkten, bis der Kranke 3 1/2 Stunden auf einer Station liegen bleiben mußte. Er wurde hier auf eine Bank gelegt, worauf die beiden Unteroffiziere einen Spaziergang nach der Stadt unternahm und den Kranken seinem Schicksal überließ. Er wandte sich bei Schmerzen, so daß die Bahnhofsstation ihn nicht annehmen mußte. Dafür wurde er wieder von den beiden Unteroffizieren angefahren; sie bestanden zu hören, daß sie sich in die dienstlichen Angelegenheiten nicht einzumischen hätten. Die Frau hatte dem Kranken Tee zu trinken gegeben. Dem Soldaten wurde aber von den medizinischen Beamten Besorgnisse verheißt, den Tee zu trinken! Er sprach wie die Wirtin wurden verhöhnt. Schließlich wurde der Kranken transport fortgesetzt. Nach elf Tagen starb der Soldat, und nach dem Eintreffen des ärztlichen Sachverständigen in es nicht ausgehoben, daß die Verpauung auf dem Bahnhof den Tod verursacht hat. Das Kriegsgericht verurteilte den Unteroffizier Jochke zu fünf Monaten Gefängnis und erklärte zugleich auf Degradation. Der andere Unteroffizier wurde freigesprochen, da er nicht die Anwesenheit gehabt hat, sondern nur zur Unterstützung beigegeben war.

## Aus Nah und Fern.

**Ein Berliner Polizeibeamter als Mörder.** In Berliner Polizeibehörde wurde dem „Reiz Jagell“ zufolge der bei der Kriminalpolizei beschäftigte Bureauchef Franziskus

verhaftet, weil er überführt wurde, seit einer längeren Reihe von Jahren gegen Entgelt Personal- und Strafsachen im Interesse der beteiligten Personen beiseite zu haben. Die Kriminalpolizei war infolgedessen nicht in der Lage, die Akten im gegebenen Fall heranzuziehen. Das Verschwinden dieser wichtigen Aktenstücke war schon seit längerer Zeit bemerkt worden, aber es gelang zunächst nicht, den Schuldigen zu ermitteln. Man vermutete in der ersten Zeit, daß vielleicht Kriminalschutzeute, die in der Registratur der Kriminalpolizei aus- und eingehen, in Frage kommen könnten. Dann dachte man, daß irgend ein Detektivinstitut Interesse für den Erwerb dieser Akten haben könne. All diese Vermutungen erwiesen sich aber als nicht stichhaltig. Da inzwischen immer wieder neue Akten verschwanden, wurde ein sehr komplizierter Überwachungsdienst der Registratur eingerichtet. Nachdem sich der Verdacht gegen Bräutigam, der übrigens nicht vor der Beförderung zum Polizeisekretär stand, auch noch durch einige andere Momente verstärkt hatte, wurde dem Chef der Berliner Kriminalpolizei, Oberregierungsrat Hoppe, von dem Ergebnis der geheimen Beobachtungen Mitteilung gemacht. Bräutigam lehnte aber zunächst jede Beteiligung an den Aktenverlusten ab. Erst nach einem stundenlangen Verhör und nachdem man ihm ein soeben herausgerissenes Aktenstück aus der Tasche gezogen hatte, bequeme er sich zu einem Geständnis. Er wurde daraufhin sofort verhaftet und ist inzwischen in das Untersuchungsgefängnis in Moabit eingeliefert worden.

**Traubs Gemeinde leistet Widerstand.** Das Presbyterium der St. Reinoldi-Gemeinde wurde vom Konsistorium aufgefordert, die durch Ausschreibung Pfarrer Traubs freigewordene Stelle auszufüllen. Das Presbyterium wird aber nicht eher zu der Sache etwas tun, bis der letzte Schritt, Traub der Gemeinde zu erhalten, geschehen und die Antwort auf eine an den König zu richtende Eingabe erfolgt ist.

**Der Herr Major.** Der militärische Dünkel offenbarte sich dieser Tage in Freiburg i. B. in recht drastischer Weise. In einer Klage zwischen dem freimittigen Landtagsabgeordneten Hind und dem händlerischen Redakteur Müller war der Major a. D. Schinzinger, konservativer Reichstagskandidat von der letzten Reichstagswahl, als Zeuge geladen. Während der Zeugenvernehmung dieses konservativen Majors a. D. spielte sich folgende ergötzliche Szene ab:

Hind: Herr Schinzinger... — Zeuge Schinzinger: Major Schinzinger! — Rechtsanwalt Straub (Verteidiger Hind's): Der Herr Zeuge Schinzinger... — Zeuge Schinzinger: Major Schinzinger, bitte! — Rechtsanwalt Straub: Es genügt, wenn ich Herr Zeuge Schinzinger sage. Ich möchte mir jede Bezeichnung hierüber verbitten! — Zeuge Schinzinger: Der Majorstitel ist mir von Seiner Majestät dem König verliehen worden! — Der Vorsitzende stellt fest, daß die Anrede Herr Zeuge genüge.

Zu den Rüstungsoffizieren Kammler und Bietinghoff hat der Herr Schinzinger noch gefehlt. Mit solchen Vertretern des Offizierstandes können die Militärschwärmer Staat machen.

**Opfer der Grube.** Auf der Zeche Kaiserstuhl bei Dortmund ist gestern in einem Bremswerk ein Förderseil gerissen. Hierdurch ist ein Mann getötet, zwei Mann sind schwer und ein dritter leicht verletzt worden.

**Große Überschwemmungen** sind in vielen Teilen Birminghams durch starke Regengüsse eingetreten. In der Stadt Elwangen steht die neuerbaute Überlandzentrale unter Wasser. In Gmund wurde der Bruder des Mühlenbesizers Meyer vom Hochwasser erfaßt und fortgerissen. Seine Leiche wurde noch nicht gefunden. In Lauffenberg wurde vom Hochwasser die Spundwand und ein Stauwerk des Kraftwerkes unterpült. Das Wasser drang mit so großer Schnelligkeit ein, daß die Arbeiter sich nur mit Inapper Not in Sicherheit bringen konnten. Der Redar führt Hochwasser. In Heidelberg haben Dammbüche schweren Schaden angerichtet. Die Schwarzwaldstraße fliegen mit ungewöhnlicher Schnelligkeit. Auch die Jhar, die Ruhr, die Renne und die Lippe führen starkes Hochwasser.

**Das dankbare Vaterland.** In Kachen, der alten Kaiserstadt, erschien dieser Tage in einer Volksküche in der Peterstraße ein 64jähriger Kriegsveteran, Teilnehmer an der Belagerung von Metz, an den Schlachten bei Gravelotte, bei Amiens, an der Hallue, bei St. Quentin, an dem Gefechte bei Bazoues. Der Greis, der vor vierzig Jahren das Deutsche Reich mit seinem halbierten, bezog heute einen „Ehrensold“ von rund 10 Mk. pro Monat. Wie seine Papiere ausweisen, hat er in letzter Zeit einen Unfall erlitten und mehrere Krankheiten durchgemacht. Er war erwerbslos und kaum arbeitsfähig. Er präsentierte einen von der städtischen Armenverwaltung ausgestellten Schein auf einen Teller Suppe. Bei seiner Notlage war dem Alten nichts anderes übrig geblieben, als die Hilfe mitleidender Menschen in Anspruch zu nehmen, dabei war er mit der Hüterin der Ordnung in Konflikt gekommen und so kam es, daß ihm die Stadt Kachen großzügig zu einem Teller Volksküchen-Suppe verhalf. Doch damit war die Generosität der Stadt gegenüber dem alten Krieger noch nicht erschöpft. Man wies ihn an, daß er am nächsten Tage in die städtische Rekrutkolonne eintreten könne. Man ließ sich dabei offenbar von dem Gedanken leiten, daß der Alte, der als junger Mann dem Feinde des Vaterlandes gegenüber seinen Mann gesteckt habe, nun auch im Kampfe gegen den Straßenschmutz die nötige Energie entwickeln werde. Das war mittags kurz nach 12 Uhr. Am Nachmittag ging der Veteran wieder zur Armenverwaltung, um sich für den Abend und den folgenden Vormittag wieder einige Marken auszubitten. Er war der Meinung, daß man ohne Nahrung nicht arbeiten könne. Da kam er aber schon an. Es wurde ihm erklärt, daß er erst gearbeitet haben müsse, bevor er auf weitere „Unterstützung“ Anspruch erheben könne. Und der Alte ging. Der in beinahe einem Duzend Schlachten den Ruhm mit lautendem Magen den Kesseln und trat zum zweitenmal aktiv in die Kolonne ein, im Kampfe gegen den Kassen-Schmutz. Als er sich nach einem Arbeitstage wieder bei der Armenverwaltung stellte, bekam er gleich einen Schein für zwei Teller Suppe und auch gleich einen Schein für weitere zwei Teller Suppe. Dieser zweite Schein lautete aber, damit der Veteran nicht etwa ausweichend würde, erst auf den nächsten Tag. Da sage noch einer, Deutschland lerne nicht nur seine Jubaliden! Das Gegenteil ist der Fall: fünf Teller Suppe für vier Tage! Wenn bei dem Arbeiter die Kompatibilität schon voll ist, dann ist sie bei den Veteranen zum Überlaufen gefüllt.

**Handmord im Eisenbahngüter.** Während der Fahrt von Krakau nach Lemberg ist in einem Abteil 2. Klasse eine bisher noch nicht identifizierte Dame von einem unbekanntem Manne ermordet und beraubt worden. Dem Mörder gelang es, bei der Einfahrt in den Bahnhof Lemberg abzupringen und zu entkommen.

**Räuber.** Als der Gasmist Meister in Forbach (Lothringen) in seinem Lokal einen Streit zwischen italienischen Arbeitern schlichten wollte, wandten sich die Italiener gegen ihn. In der Not griff der Wirt zum Revolver und gab fünf Schüsse ab, wodurch zwei Italiener getötet, zwei lebensgefährlich und einer leicht verletzt wurden. Dieser wurde verhaftet.

**Zur Bekämpfung des Duells** macht der Landgerichtsrat a. D. Friedrich v. Hindersin in der Zeitschrift „Nord und Süd“ einen recht einfachen Vorschlag. Er empfiehlt nämlich sowohl im bürgerlichen als auch im Militär-Strafgesetzbuch hinter den Bestimmungen über den Zweikampf hinzuzufügen: „Jede Beurteilung wegen Zweikampfs hat von Rechts wegen die dauernde Unfähigkeit zum Dienst in Heer und Marine sowie die dauernde Unfähigkeit zur Beileidung öffentlicher Ämter zur Folge, desgleichen den dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.“ — Das Duell wäre damit allerdings auch noch nicht beseitigt, denn dem Landesherrn wäre es noch immer vorbehalten, einen derart Bestraften zu rehabilitieren. Wirklich bekämpft werden kann der Duellkampf nur dadurch, daß man die Zweikampf-Bestimmungen aus den Strafgesetzbüchern herausstreicht und das Duell mit den Strafen belegt, die für gefährliche Körperverletzung oder für Mord vorgeesehen sind.

**Verdorbene Speisen.** In Rockyford, Colorado, sind der vor einem Jahr dorthin verlegte Pastor Gustav Laake, seine Frau und seine beiden ältesten Kinder nach dem Genuß von Rühlsuppe, die von verdorbenem Fleische hergestellt war, gestorben.

**Das Schicksal eines Gnadengeschenk.** Vor einiger Zeit war mitgeteilt worden, daß einem Veteranen in Liegnitz die Öffnung gemacht wurde, daß ihm ein kaiserliches Gnadengeschenk von 27 Mark als Pensionszuschuß bewilligt worden sei. Merkwürdig war daran, daß der Mann bisher eine Zulage von 52 Mark bezogen hatte, die nunmehr in Wegfall kam. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ brachte eine Klarstellung des Falles, wonach nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht anders verfahren werden konnte. Weil der behauptete Irrtum sechs Jahre gedauert hatte, sollte der Veteran überdies 150 Mark zurückzahlen und dazu bemerkte das Kanzlerblatt: „Erbittet der Pensionär unter Berufung auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse die Niederschlagung solcher überhöhen Beträge, so kann er versichert sein, daß die Angelegenheit mit dem Wohlwollen geprüft wird, welches in der Verwaltung stets obwaltet.“ Diesen Wink befolgte der Veteran, er machte eine Eingabe und erhielt einen — a b l e h n e n d e n Bescheid, weil die Niederschlagung der 150 Mark nach den bestehenden Grundsätzen nicht angängig sei. Gleichzeitig wurde dem Bittsteller noch bekanntgegeben, daß die ihm von dem Pensionszuschuß noch verbleibenden 27 Mark jährlich bis zur Deckung der überhöhen 150 Mark der Regierungshauptkasse einbehalten werden. Das kaiserliche Gnadengeschenk von 27 Mark pro Jahr kommt sonach sechs Jahre lang nicht zur Auszahlung. Hoffentlich lebt der jetzt 71 Jahre alte Mann noch sechs Jahre, damit der Fiskus, um zu seinem Gelde zu kommen, nicht schließlich noch die Erben in Anspruch nehmen muß!

**Dampferkollision im Stockholmer Hafen.** Am Montagabend stieß am Eingang des Stockholmer Hafens der deutsche Dampfer „Alexandra“ aus Stettin mit dem schwedischen Dampfer „Nya“ aus Upsala zusammen, wobei letzterer schwer beschädigt wurde, so daß er auf Grund gesetzt werden mußte. Sieben Mann der Besatzung wurden schwer verletzt. Die Beschädigungen der „Alexandra“ sind nur leicht.

**Bombenexplosion in Mazedonien.** In Doiran, einer Ortschaft an der Bahnstrecke Saloniki-Serres, explodierte auf dem Marktplatz eine Bombe. Angeblich wurden 25 Personen getötet und gegen 80 verwundet. 19 Verwundete wurden nach Saloniki und eine Anzahl in das Spital von Serres gebracht. Die Mehrzahl der Toten und Verwundeten sind Mohammedaner. Die Bombe war, in einem Getreidesack verborgen, auf den Marktplatz gebracht worden.

**Zwei Kinder von einem Schwein getötet.** Eine furchtbare Szene spielte sich in Williers (Luxemburg) ab. Eine Arbeiterfrau, die ihrem Manne das Essen brachte, ließ ihre drei Kinder im Alter von 6, 4 und 2 Jahren allein in der Stube, neben der sich der Schweinestall befand. Während ihrer Abwesenheit brach ein Schwein aus und drang in die Stube, wo sich die Kinder befanden. Hier fraß es die zwei jüngeren Kinder derart an, daß diese an den Verletzungen starben. Auch das älteste Kind hatte bereits schwere Verletzungen erlitten. Als die Mutter nach Hause kam, wurde sie vor Schreck bei dem Anblicke, der sich ihr bot, wahnsinnig.

**Massenvergiftungen nach Pilzgenuß.** Auch heute wieder werden zahlreiche Todesfälle nach dem Genuß giftiger Pilze gemeldet. In das Pöfener Diakonissenhaus wurde die aus sieben Personen bestehende Familie eines Gutsvogts eingeliefert, vier Familienmitglieder sind bereits gestorben. Ferner sind in einer Ortschaft bei Gnesen drei Personen nach dem Genuß von Pilzen gestorben. Auf dem Gute Widawy sind von 11 erkrankten Personen vier gestorben. In einer Ortschaft im Kreise Kulm erkrankte eine Waldbarbeiterfamilie aus sechs Personen. In einer Ziegelei bei Elbing erkrankte eine aus drei Personen bestehende Arbeiterfamilie. Ein Familienmitglied ist gestorben, während die beiden andern ebenfalls kaum gerettet werden dürften.

**27 japanische Seeleute ertrunken.** Im Kriegshafen von Yokohama stieß eine Pinasse des japanischen Linienschiffes „Katori“ mit einem Torpedoboot zusammen, wobei 27 Personen ertranken.

**Bahnsturz.** In Wlajisch bei Castua schloß sich das Ehepaar Pilepich, das schon seit längerer Zeit Wahnsinnskurien zeigte, in der Wohnung ein. Die Eheleute bewaffneten sich mit Beilen und hieben aufeinander los. Die Frau brachte dem Manne eine schwere Wunde am Kopfe bei und verletzte ihn auch am Unterleib schwer, der Mann pektete der Frau die Rippe, hieb ihr den rechten Arm ab und zertrümmerte ihr schließlich den Schädel.

**Erdbeben.** In der Nacht zum Montag wurde ein starker Erdstoß in den Abbruggen verspürt. Der durch den Felsen getriebene Tunnel bei Paganica sowie ein Sanftuarium wurden stark beschädigt.

**Opfer.** Von den bei dem Motor-Rad-Rennen in Reunort verunglückten Personen sind inzwischen noch 3 ihren Verletzungen erlegen, sodas sich die Zahl der Todesopfer auf 9 erhöht. Insgesamt sind etwa 30 Personen verlegt worden.

**Verantwortlicher Redakteur:** Johannes Stelling.  
**Verleger:** F. H. Schwarz. **Druck:** Friedr. Meyer & Co. **Sämtlich in Lübeck.**



